

— Zwanzigster Jahrgang. —

Nr. 22.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

für die Zeit vom 27. Mai bis 3. Juni 1911.

Posen, den 6. Juni 1911.

Aus den Blättern der Provinz Posen.Aus Nr. 121 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 28. Mai 1911:**Der Deutsche Tag in Posen.**

Am Sonntag versammelt sich in Posen der Hafatismus. Zum ersten Male wird der Deutsche Tag unter abweichenden politischen Bedingungen stattfinden, und der Standpunkt, welchen er den regierungsseitigen Erklärungen gegenüber einnehmen wird, wird bestimmt nicht ohne Einfluß bleiben und gewichtige Bedeutung gewinnen. Der Hafatismus ist als Fronde gegen den Kaiser und Caprivi entstanden. Man veranstaltete damals eine deutliche Manifestation durch einen Massenausflug nach Barzin, darum hat auch damals der Kommandierende General den Hafatisten keine Militärmusik gewährt und die Regierung den Beamten die Beteiligung an dieser Aktion verboten.

Aber die Verhältnisse änderten sich bald. Schon im Jahre 1904 gab der Vereinsvorstand in dem Moment der dritten Lesung des Ansiedlungsgesetzes bekannt, die Regierung berücksichtige alle Wünsche des Vereins, selbst solche, welche sie anfangs als unverträglich mit der Verfassung abgelehnt habe. Und die preußische Regierung, dieser hervorragende Repräsentant der staatlichen Macht, der sich rühmt, er handele nicht unter Nebeneinflüssen, hatte nicht den Mut, mit einem Protest hervorzutreten; und damit gebot zweifellos der Ostmarkenverein, und die Regierung gehorchte. Die Hafatisten forderten, die Regierung berücksichtige diese Forderungen, und Fürst Bülow ließ keine Gelegenheit vorübergehen, ohne für die Tätigkeit des Ostmarkenvereins seine Anerkennung auszudrücken.

Manchmal hat man sich in den Kreisen geachteter Politiker gewundert, weshalb Fürst Bülow an der antipolnischen Politik so regen Anteil nahm, daß er entgegen der Ansicht, welche eine militärische Autorität von Deutschland, Feldmarschall Graf Häßeler kundgetan hatte, im Bestehen der Polen geradezu eine Gefahr für das Bestehen des Kaiserreichs sah. Heute zeigt sich immer klarer, daß die antipolnische Heße den weiteren politischen Zweck hatte, die Linke mit der Rechten zu verbinden. Die polnische Frage sollte ein starkes Bindeglied zwischen den Liberalen und den Konservativen schaffen, welches erforderlich war, um die katholischen Einflüsse zu beseitigen, sowie eine für die Regierung nötige Mehrheit zu schaffen. Der gemeinsame Kampf gegen die dem Staate drohende Gefahr bildete die populäre Lösung; mit Hilfe der Hafatisten wußte der geschickte „Politiker ohne Dogma“, wie Fürst Bülow sich selbst nannte, den Kreuzzug gegen die Polen zu organisieren und der Nation und

den Parteien den gemeinsamen Marsch gegen den Polonismus als patriotische Pflicht, als äußerstes Ziel zu zeigen.

Die Aktion gelang voll und ganz, und die Geschichte der letzten Jahre des Regiments des Fürsten Bülow zeigt, daß er sogar die Elemente von der extremen Linken hinter sich herzog. Auf Bülow's Rücktritt folgte eine gewisse Ernüchterung. Die veränderten Parteikombinationen heischten kein scharfes Tempo in der antipolnischen Politik, und der Kampf gegen die Polen hörte auf, das Mittel zum Zwecke der Einigung der Parteien zu sein. Damit schwand naturgemäß die Bedeutung des Hafatismus. Für die neue Regierung hörte bei der veränderten Parteikonstellation der Hafatismus auf, ein nötiger Faktor zu sein.

Zwar kargte der jetzige Kanzler nicht mit Anerkennungen für ihn in Form von Telegrammen. In einem monarchischen Staat mit konservativer Organisation macht die Politik keine plötzlichen Sprünge; dabei rechnet und rechnet die Regierung auch gegenwärtig mit der Tatsache, daß der Hafatismus in vielen Orten populär geworden ist. Angesichts dessen ist bis vor nicht langer Zeit das Verhältnis zur Regierung offiziell das beste geblieben. Aber Kenner der Verhältnisse in Berlin wußten wohl, daß der neue Kanzler aufgehört habe, auf die Befehle des Vorstandes des mächtigen Vereins zu hören, daß dessen Einfluß sich verringere und daß an die Stelle der alten engen Union mehr platonische Sympathiebezeugungen treten. Im Hauptvorstande verstand man diesen Wechsel, der augenblicklich breiteren Kreisen noch nicht sichtbar war; man wußte, daß das Regiment zu Ende sei, und man begann einen Kampf um die Wiedererlangung des alten Einflusses. Man leitete die Aktion geschickt, man wählte die Enteignung, man brachte der Regierung energisch in Erinnerung, daß sie die Sache vor drei Jahren als eilig und dringend nötig angesprochen habe. In diesem Sinne ergingen Berichte aus Posen; denn der Geist des Hafatismus war hier der unausgesetzt herrschende. Über dieses Thema begann ein Preßfeldzug. Man machte Mangel an Folgerichtigkeit, Rücksichten auf das Ausland zum Vorwurf; man forderte die Enteignung unter der Androhung der Feststellung, daß die Regierung ihre patriotischen Pflichten nicht erfülle. Entweder Ihr hört auf uns und beginnt mit der Enteignung — oder Kampf! Friß Vogel oder stirb! Der Hafatismus stellte alles auf eine Karte — und er verlor. Die Regierung erklärte deutlich und kategorisch, daß sie nicht daran denke, dem Hafatismus zu gehorchen, und obwohl der Minister in einer späteren Rede die Pille zu überzuckern suchte, so war doch die Abweisung klar, entschieden und deutlich. Die Freunde des Hafatismus,

zu denen vor allem unser große Gegner Herr v. Dewitz zu rechnen ist, versuchten eine Verständigung herbeizuführen, — die Sache mißlang.

Minister v. Schorlemer zog seine Erklärung nicht zurück und bestätigte sie mit der Hervorhebung der Tatsache, daß er auf Grund eines Ministerialbeschlusses spreche — der Vorstand erließ einen kriegerischen Aufruf und kündigte den Kampf gegen die Regierung an.

Wir wissen, daß gegenwärtig Verhandlungen gepflogen werden, es nicht zum Kriege zu bringen. Die von der Regierung abhängigen Posener Beamtenkreise, die durch ein starkes Band mit dem Hakatismus verknüpft sind, wünschen den Vorstand zu veranlassen, sich in seinem kriegerischen Eifer Zügel anzulegen. Ob ihnen das gelingen wird, das wird sich am Sonntag zeigen. Dann wird Beschluß darüber gefaßt werden, ob sich der Hakatismus mit der bescheidenen Rolle eines Vereins begnügen wird, der ohne Einfluß auf die Zentralregierung ist und sich mit der Leitung der lokalen Politik zufrieden gibt, oder ob er um die Beteiligung an der Verwaltung unserer Landesteile kämpfen und wiederum zur Fronde gegen die Regierung übergehen wird. Diese wird so manche Schwierigkeiten zu bekämpfen haben, denn der Hakatismus bildet, wie der Minister richtig hervorhob, eine Organisation der Bureaukratie im Staate.

Diese Tatsache ist in der Tat eine interessante Erscheinung. Außerhalb der Grenzen des Großherzogtums, da, wo man die Verhältnisse nicht kennt, ist es gelungen, unabhängige Personen in den Ostmarkenverein hineinzuziehen; in unserm Landesteil gehören außer Beamten, Pastoren fast ausschließlich von der Bureaukratie abhängige Personen, junge Rechtsanwälte und Ärzte, die durch Beihilfen und Unterstützung künstlich zu uns gezogen worden sind, dem Verein an, aber die deutsche Gesellschaft, sowohl die ländliche, als auch die städtische, meidet den Hakatismus. Die zahlreiche Schar von Anhängern des Hakatismus außerhalb der östlichen Landesteile stellt sich als das Resultat des Regiments Bismarcks dar, der seiner politischen Ziele halber den Grundsatz des Nationalismus unterstrich, da er mittelst seiner die freiheitlichen Ideen als die mehr internationalen zu überwinden wünschte. Und so kam es in Deutschland zu einer Begriffsverwirrung: ein Patriot ist nicht der, welcher seine Nationalität liebt, sondern welcher fremde Nationalitäten bekämpft und haßt. Es bildete sich ein Rassen- und Nationalitätenhaß heraus, und darin erblickt der Hakatismus den Gipfel der nationalen Aktion. Für den künftigen Historiker wird diese Erscheinung den Gegenstand einer interessanten Analyse bilden; denn er beschränkte sich nicht auf Deutschland, sondern ging auf Rußland über. Diese nichtchristliche, nichtkulturelle Bewegung wird vorübergehen, wie sie gekommen ist, — sie stellt sich als eine Krankheit des Jahrhunderts dar.

Darum halten wir auch dafür, daß die Augenblicke des Hakatismus gezählt sind, wir bezweifeln auch nicht, daß unsere Volksgemeinschaft nicht durch die Doktrin angesteckt werden wird, auf welcher der Hakatismus beruht, und daß sie sich vor falschen Begriffen schützen wird, begreifend, daß das Wesen des Patriotismus nicht Rassenhaß ist, daß ein ungesunder Chauvinismus im Gegenteil der Hauptfeind eines tief empfundenen Nationalbewußtseins ist. Uns imponieren diese deutschen Kongresse nicht. Sie rufen im Gegenteil manchmal einen komischen Eindruck hervor, wenn die Geschichtsschreiber des Ostmarkenvereins Unwissenden vorreden, Großpolen sei ein altes, deutsches Land, während wir nur Eindringlinge seien, wenn sie ferner über das bedrückte Deutschtum wehklagen, weil sie noch nicht unseren ganzen Boden besizen, weil sie noch die für das Ohr der Alldutschen so unangenehme polnische

Sprache hören. Wir mahnen daher unsere Volksgemeinschaft, sich durch keine deutsche Herausforderung aus dem Gleichgewicht bringen zu lassen. Wir können diese Kundgebungen einzig mit Bedauern als eine traurige Erscheinung betrachten. Und wenn es sich darum handelt, ob im Kampfe gegen die Regierung der Einfluß der „Ostmark“ siegen wird, so muß man daran denken, daß unüberlegtes Benehmen unsererseits den Hakatisten höchstens dazu verhelfen kann, noch längere Zeit die staatliche Politik zu leiten. Von uns hängt es in gewissem Maße ab, in Kürze das Ende des Hakatismus feststellen zu können.

Aus Nr. 121 des Orędownik (Posen)
vom 28. Mai 1911:

Der Feiertag der Hakatisten.

Posen, den 27. Mai.

Am morgigen Sonntag versammelt sich in unserer Stadt das hakatistische Element zu seinem sogenannten Deutschen Tage. Was ein solcher „Deutscher Tag“ ist, darüber brauchen wir nicht erst langes und breites zu schreiben. Es genügt, auf frühere ähnliche „Tage“ in Bromberg, Rattowitz usw. hinzuweisen, wo die Idee des Rassenhasses gegen das polnische Element Triumphe feierte.

Das berühmte Bismarcksche „Ausrotten“ charakterisiert am besten eine solche Zusammenkunft der Vertreter der Dreibuchstabenbruderschaft.

Der diesjährigen Zusammenkunft in Posen, das im vorigen Jahre zur „Residenzstadt“ erhoben wurde, und in den letzten Jahren durch seine Schlösser, Theater, die germanisatorische Akademie ein durch und durch deutsches Aussehen erhalten sollte, in welchem man schließlich uns zum Verderben eine ostdeutsche Ausstellung veranstaltet hat, schreiben unsere Bufenfreunde eine besondere Bedeutung zu. Die Anwesenheit des Oberpräsidenten von Waldow, der wegen seiner uns „freundschaftlichen“ Gefühle bekannt ist, der Generalität, des Posener und Bromberger Regierungspräsidenten, des Landgerichtspräsidenten und einer Reihe hervorragender Staatsbeamten soll dieser Zusammenkunft einen außerordentlichen Charakter verleihen. Die gegenwärtige Zusammenkunft soll offensichtlich eine Antwort auf die letzten Worte des Ministers von Schorlemer über den Hakatistenverein sein, und zwar eine solche Antwort, daß diese Beamten sich aus den Herren Schorlemer, Bethmann-Hollweg und der ganzen Regierung nichts machen, wenn es um ihre Zwecke geht.

Die offizielle Begrüßung der Zusammenkunft erfolgt allerdings nicht seitens des Oberbürgermeisters Dr. Wilms, der fast am Vorabend des hakatistischen Feiertags erkrankte und verreiste, sondern jedenfalls seitens seines Nachfolgers, des Bürgermeisters Künzer. Dann werden die Reden des Vorsitzenden der Dreibuchstabenbruderschaft, Majors von Tiedemann aus Seeheim und anderer hervorragenden Häuptlinge des Hakatismus folgen. Während des in solchen Fällen unumgänglichen Kommerces wird der durch seine hakatistischen Statistiken berühmte Professor Hörsch die Festrede halten, und schließlich wird sich die weite antipolnische Seele der Herren Hakatisten — natürlich auf der Ausstellung, die Blut von ihrem Blut und Wein von ihrem Wein ist, austoben.

In den Reden wird — das versteht sich eigentlich von selbst — die „dem armen unterdrückten Deutschtum in den Ostmarken drohende polnische Gefahr“ die erste Geige spielen, und die armen deutschen Michels

werden vor Angst zittern, wenn ihnen die Führer der neuzeitigen Kreuzritter die usurpatorischen Pläne der Polen vorstellten, ihren Augen jene großen Armeen in Amerika, jenen Kriegsschatz in Rapperswyl, jene Sokols, polnische Banken und andere drohende Gefahren zeigen werden. Das Resultat wird der Beschluß einer Resolution sein, welche Hilfe in Gestalt von klingender Münze, die Enteignung, Ausnahmegesetze usw. verlangen wird. Alles das kennen wir genau, denn das hat sich schon so oft mit allen Einzelheiten wiederholt, das Austrinken von so und soviel Tonnen in solchen Fällen unumgänglichen Bieres mit eingeschlossen, worüber schon die geistigen Zeitungen redeten, indem sie zur regsten Teilnahme anspornten.

Wie sollen wir uns angesichts dessen verhalten?

Wir müssen uns von diesem hafatistischen Feiertag möglichst fern halten, wir müssen die Orte, wo die hafatistischen Gefühle in Ströme fließen werden, meiden. Wir werden uns alle vom Livoniusplatz, wo die Feier ihren Anfang nehmen wird, weiter von der Ausstellung, in welcher der Hafatismus über die Größe der deutschen Kultur in Nührung geraten wird, und vom Zoologischen Garten, wo der Kommerz stattfindet, fern halten. Würden wir dieses nicht tun, so könnten wir leicht den Stiefel der durch die aufreizenden Reden und das Bier leidenschaftlich erregten modernen Kreuzritter zu fühlen bekommen.

Dafür impfen wir zu Hause uns und unsere Kinder die Überzeugung ein, daß uns das Gift ihres Hasses nicht besiegen, daß unsere Liebe zu unserer gerechten Sache ihre Versuche zu nichts machen wird.

Aus Nr. 122 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 30. Mai 1911:

Zusammenkunft der hafatistischen Fronde.

Ein „Deutscher Tag in Posen!“ Diesen Appell posauten die Herolde des Hafatismus schreierisch in den Städten und Dörfern unserer Landesteile aus. Alle Mittel und Mittelchen künstlicher Regie à la Reinhard setzte man in Bewegung, um eine Manifestation des kriegerischen Deutschtums, wie sie Posen noch nicht gesehen hatte, in Szene zu setzen. Den Führern der hafatistischen Erzbruderschaft war diesmal doppelt daran gelegen, daß die Zusammenkunft der ihnen untergebenen Scharen recht glänzend, recht imponierend ausfalle. Wünschten sie doch, ihre Kraft nicht nur den Polen gegenüber zu zeigen; sie wollten mit Kriegslärm nicht nur die Ostmarken erfüllen, sondern das Echo dieser Stimmen auch nach Berlin gelangen lassen, damit es als drohendes Memento in den Ohren der Regierung erschalle, deren Vertreter sich erdreistet hatte, die Forderungen und Ansprüche der auf der Hut der bedrohten Marken stehenden „Patrioten“ zurückzuweisen. Der „Deutsche Tag“ in Posen sollte die endgültige niederschmetternde Antwort auf den „unpatriotischen“ Standpunkt des Ministers Freiherrn v. Schorlemer in Sachen der Enteignung, auf seine gegen die jetzigen Leiter des Ostmarkenvereins gerichteten Vorwürfe sein.

Diese Antwort ist, wenn es sich um die äußere Form, um die Zahl der versammelten Teilnehmer an der hafatistischen Zusammenkunft handelt, schwach ausgefallen. Die Arrangeure der Zusammenkunft rechneten auf 30 000 Teilnehmer aus Stadt und Provinz. Wie sich indes in der auf dem Livoniusplatz unter freiem Himmel veranstalteten Versammlung gezeigt hat, waren kaum einige tausend Personen zusammengekommen. In der Stadt ging die Versammlung ohne Eindruck vorüber. Kaum hier und da ein Fähnchen am Eingange

zu Restaurationsräumen kennzeichnete die „Feststimmung“. Die geplante Rundgebung des deutschen „Volkes“ war gar nicht gelungen.

Dafür trat um so deutlicher der Charakter der Zusammenkunft als der einer gegen die Regierung gerichteten Demonstration zutage. Zwar hat man auch diesmal nicht unterlassen, die üblichen Telegramme an Kaiser und Kanzler zu senden, auf welche entsprechende Antworten eingingen. Aber diese Formalität kann niemanden irreführen. Es genügt, die Sonnabend-Beratungen des Ausschusses des Ostmarkenvereins durchzulesen, an denen nahezu 200 Personen teilnahmen, um zu begreifen, daß es sich hier um eine gegen die Regierung gerichtete Fronde handelt, wie sie bisher noch nicht dagewesen ist. Fast alle Ansprachen waren mit so giftigen und beleidigenden Ausfällen gegen die Regierung, und besonders auch gegen den Freiherrn v. Schorlemer gespickt, daß es fast unmöglich erscheint, daß die Berliner Zentralinstanzen das schweigend dulden könnten. Besonders die Hauptrede des Vorsitzenden des Ostmarkenvereins Herrn v. Tiedemann-Seeheim in der Ausschusssitzung war mit ihrer ganzen Schärfe gegen die Regierung gerichtet. Redner „verbittet“ sich alle Ermahnungen von seiten des Ministers, er erklärt, dessen Drohungen machten „nicht den geringsten Eindruck“, und er rät dem Minister, sein „Bündel zu schnüren“, wenn er sich vor den Schwierigkeiten fürchte.

Ein derartiger Ton von seiten der Elemente, die bisher stets mit Stolz ihre Treue gegen Thron und Regierung bekundet hatten, ist etwas in Preußen tatsächlich noch nicht Dagewesenes. Besonders bezeichnend war der Absatz aus der Rede des Herrn v. Tiedemann, in welchem dieser irgendwelcher „vertraulicher Verhandlungen“ mit der Regierung Erwähnung tat, mit deren Veröffentlichung er drohte, erklärend, daß er hiervon fürs erste nur deshalb absehe, weil er hoffe, daß die Regierungsthüren nicht ständig für den Ostmarkenverein verschlossen sein würden. Diese Äußerung wirft ein merkwürdiges Licht auf das Verhältnis der Regierung zum Ostmarkenverein. Nach seiner Behauptung wurden nämlich zwischen der Regierung und dem Hafatismus irgend welche geheime Verhandlungen geführt, wie zwischen zwei gleichgeordneten Mächten, und jetzt terrorisieren die Hafatisten die Regierung geradezu mit der Drohnung, diese „Verhandlungen“ bekannt geben zu wollen. Fürwahr, nichts charakterisiert die bisherige Rolle des Hafatismus als Nebenregierung, welche der eigentlichen Regierung ihre Rolle diktiert, besser.

Der Hafatismus frondiert weiterhin, — das ist das Hauptcharaktermal des „Deutschen Tages“. Laut und offen verkünden diese Fronde selbst die im Ostmarkenverein sitzenden Beamten. Hat doch der Rektor Keller in der Ausschusssitzung im Namen der Beamten erklärt, sie hätten sich keineswegs durch jenen berüchtigten Artikel in der „Ostmark“ betroffen gefühlt, welcher der Regierung ein falsches Spiel vorwarf. Er erklärte entgegen den Ermahnungen des Ministers, die Beamten solidarisierten sich voll und ganz mit allen Schritten des Ostmarkenvereins. Und am Bankett eines solchen Vereins nimmt der Oberpräsident Herr v. Waldow offiziell teil!

Weiter kann der völlige Umsturz der Begriffe und der traditionellen Verhältnisse im preußischen Staate kaum gehen. Das ist ja noch ärger als in Frankreich, auf welches die deutschen Chauvinisten stets mit solcher Verachtung als auf einen Sitz der Anarchie unter den Beamten hinweisen. Eine Regierung, welche diese Fronde oder vielmehr schon offene Revolte der hafatistischen Clique dulden wird, durchstreicht ihre Existenz selbst.

Der Dziennik Poznański schreibt in der Nummer 122 vom 30. Mai u. a.:

... Schließlich ist das wichtigste und bezeichnendste Ergebnis des soeben geschlossenen Deutschen Tages der Umstand, daß die Haktatisten trotz der ihnen vor kurzer Zeit vom Landwirtschaftsminister im Namen der preußischen Regierung erteilten Abfertigung sich weiterhin für die Herren der Lage halten, nicht daran denken, die Waffen zu strecken und sich auf energische Opposition gegen die Regierung vorbereiten, sofern diese sich von ihrem Einfluß emanzipieren und in den Ostmarken eine selbständige Politik zu betreiben beabsichtigen sollte. Bezeichnend ist dieses Ergebnis hauptsächlich aus dem Grunde, weil der Ostmarkenverein kein gewöhnlicher politischer Verein, sondern eine Organisation ist, welche sich in sehr beachtenswertem Verhältnis aus Staatsbeamten zusammensetzt, die dort fast den Reigen führen. Die Opposition einer solchen Organisation gegen die Regierung bedeutet also bis zu einem gewissen Grade eine Auflehnung der Untergebenen gegen die Vorgesetzten, eine Auflehnung, welche den bisherigen Traditionen der auf absolute Subordination gestützten preußischen Bürokratie offen Krieg ankündigt.

Das scheint zu beweisen, daß die Haktatisten auch heute noch auf starke Unterstützung in einflussreichen preußischen Kreisen rechnen können oder wenigstens rechnen. Entgegengesetztenfalls ist schwer anzunehmen, daß die verschiedenen Beamtenkategorien vom General an bis auf den Gymnasiallehrer es wagen würden, gegen die Regierung in so energischer Weise aufzutreten, wie sie dies auf dem letzten Deutschen Tage getan haben.

Und aus diesem Grunde darf man auch nicht durch übermäßigen Optimismus sündigen und aus dem jetzigen Bruch zwischen der preußischen Regierung und den Haktatisten keine zu weit gehenden Schlüsse ziehen. Es kann nämlich leicht sein, daß dieser Bruch nichts anderes ist, als nur ein augenblickliches Mißverständnis, auf welches bald die schönste Eintracht folgen wird. Dafür scheint das Telegramm zu sprechen, welches der Reichskanzler den Haktatisten als Antwort auf ihren Gruß gesandt hat.

Aus Nr. 122 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 30. Mai 1911:

Der Haktatistentag in Posen. (Doppeltes Maß.)

Der Minister von Schorlemer hat den Haktatisten eins auf die Nase gegeben, weil sie ihm zu sehr auf seiner eigenen gespielt haben. Sie wollten ihm diktieren, was er mit den Polen machen solle. Er drohte ihnen also mit der Faust, aber die Haktatisten wurden nicht ängstlich, weil sie wußten, daß dies nur ein Wackeln mit den Zehen im Stiefel ist. Sie änderten nicht ihren Ton und griffen den Minister noch schärfer an. Sie wissen, daß sie nichts zu fürchten brauchen. Dies hat sich auch anlässlich ihrer gestrigen Zusammenkunft gezeigt. Man erlaubte ihnen auf dem Livoniusplatz in Posen unter freiem Himmel zu tagen, die Eisenbahnen ermäßigten für sie die Preise um die Hälfte und die Behörden machten ihnen überhaupt alle möglichen Zugeständnisse. Kein Staatsanwalt fürchtete, daß es zu Unruhen kommen könnte, trotzdem die Haktatisten offen gegen die Polen — und sogar gegen den Minister aufreizen. Augenscheinlich sind nur polnische Versammlungen gefährlich!!

Aus Nr. 124 des Loch (Gnesen)
vom 31. Mai 1911:

Der Deutsche Tag in Posen.

In diesem Artikel heißt es u. a.:

Die Polizei erwartete mindestens 20 000 Teilnehmer, während es vielleicht nur etwa 2000 waren. Die Absperzung des Platzes für das Publikum und das Umstellen desselben mit etwa 100 Polizisten, die darüber wachen sollten, daß die Polen nicht über die Haktatisten herfallen, war also überflüssig. Die Polen taten ihnen aber diesen Gefallen nicht, so daß sie in dieser Hinsicht sehr enttäuscht wurden.

Dieser ganze „Kummel“ dauerte nur kurze Zeit. Angeblich wollten sie auch einen großen Umzug veranstalten, an welchem sich verschiedene Vereine mit ihren Fahnen beteiligen sollten; wie man hört, verweigerte ihnen aber die Polizei die Genehmigung.

Immerhin hat der Posener Tag auch seine interessante Seite. Einberufen wurde er unter der Losung: „Gegen die Regierung für die Enteignung“, und wenn auch der Minister von Schorlemer auf völlig unzweideutige Weise ihnen und besonders den dieser Bruderschaft angehörenden Beamten eine Lehre erteilt hatte, so schreckte dies die Haktatisten in keiner Weise davon ab, auf ihrem Standpunkt zu verharren. Und es geschah eine merkwürdige Sache: Trotz der der Regierung feindlichen Haltung der Haktatisten gewährte die Eisenbahnverwaltung ihnen Ermäßigungen, am Deutschen Tage selbst beteiligten sich höhere Beamte, ja selbst das Haupt der Provinz, der Oberpräsident von Balow, und der Rektor Keller bemerkte im Namen der Beamten, daß diese sich mit dem Ostmarkenverein solidarisch erklärten und nicht daran dächten, aus ihm auszutreten. Der Hauptredner von Tiedemann bediente sich während seiner ganzen Rede bezüglich der Regierung und besonders des Ministers von Schorlemer eines solch' hochmütigen Tones, wie er ihn gegenüber der Regierung noch niemals anzuschlagen gewagt hatte. Er drohte, daß er das Ergebnis irgend welcher geheimen Verträge oder Verhandlungen der Haktatisten mit den Vertretern der Regierung usw. veröffentlichen würde. Trotz alledem gingen auf Telegramme, die an den Reichskanzler und den Kaiser gerichtet waren, wohlwollende Antworten ein.

Mit einem Worte gesagt, der Deutsche Tag hatte nicht nur einen antipolnischen Charakter, sondern auch — und dies vor allen Dingen — einen gegen die Regierung gerichteten Charakter. Zwischen der Regierung und der Bruderschaft der Haktatisten hat sich ein deutlicher Bruch bemerkbar gemacht. Ob er lange anhalten wird, das kann man mit Sicherheit nicht sagen. In jedem Falle dürfen wir unsererseits auf ihn nicht allzu große Hoffnungen setzen, weil man erwarten muß, daß sich die heutigen Feinde früher oder später die Hand reichen werden, wenn es sich um das Aufressen der Polen handeln wird.

Aus Nr. 116 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 21. Mai 1911:

Eine interessante Erscheinung.

Die Posener Zeitungen haben die Tatsache völlig verschwiegen, daß zur Eröffnung der deutschen Ausstellung der Bischof Likowski und der päpstliche Kammerherr Cegielski erschienen waren. Über den Bischof Likowski haben wir bereits geschrieben, aber auch Herr Cegielski war bei diesem Akt so notwendig wie ein Loch in der Brücke. Allerdings repräsentierte er gleichsam „seine“ Firma, wofür ihm angeblich der

Kronprinz mit dem Fuße zunichte, aber trotzdem wundern wir uns, daß unsere Zeitungen dies verschwiegen haben. Jetzt wird ihm hierfür vielleicht noch jemand in unsern Institutionen ein gut bezahltes Amtchen ausdenken, denn der Herr Kammerherr hat doch Verdienste Die Fabrik hat er verjüngt, sein Grundstück in der Bergstraße verschachert Dafür muß man ihn schonen und ihm das Leben versüßen, ihm auch schließlich die Bürgerkrone auf das Haupt setzen.

Es geht nichts über Eintracht, Zügsamkeit und Harmonie! Der Herr Kammerherr dankt schön für alles, und auf ein Bröckchen Verschönlichkeit mehr oder weniger kommt es nicht an. Nur so weiter!

Aus Nr. 119 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 25. Mai 1911:

In Sache des Blumentages

schreibt man uns aus Kreisen des weiblichen Geschäfts-personals:

Ich meine, daß der, welcher sich für den Blumentag zu Gunsten der deutschen Krippen entzückt, sich bei dem Komitee melden möge. Deutsche weibliche Elemente, die da geneigt sind, sich mit Wohltätigkeit zu Gunsten der deutschen Krippen zu amüsieren, werden gewiß zur Genüge vorhanden sein. Das ist immerhin ein neues Amusement. Aber möge das Komitee nicht allzu aufdringlich sein und möge es nicht in die polnischen Kaufleute dringen, das weibliche Geschäftspersonal zur Verfügung zu stellen. Sollten die Herren Prinzipale sich dem Komitee gegenüber allzu dienstbeflissen zeigen, so könnte es zwischen ihnen und dem Personal zu sehr unangenehmen Mißverständnissen kommen, denn wir denken garnicht daran, uns auf den Straßen in Wohltätigkeit zu amüsieren, Blumen und Postkarten für die deutschen Krippen zu verkaufen und uns Wizen verschiedener Art auszusuchen. In dieser Hinsicht herrscht in den Kreisen des polnischen weiblichen Geschäfts-personals ganz übereinstimmende Ansicht.

Aus Nr. 114 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 19. Mai 1911:

Wieviel kostet die Ansiedlung?

(Schluß.)

Fehler in der Berechnung finden sich in allen Rechnungen vor. Überall rechnet die Kommission den Überschuß an Einnahmen aus der Wirtschaft als Einnahme an, welche den Kaufpreis herabmindert, aber nirgends sind die Unkosten des Kapitals d. i. die Zinsen berücksichtigt. Nicht überall spielen die Zinsen eine solche Rolle wie bei Bukowiec, das wir als Beispiel gewählt haben; nimmt man aber als durchschnittliche Besiedlungsfrist d. i. von dem Augenblick der Bezahlung des Kaufpreises bis zur Bezahlung der Renten durch die Ansiedler fünf Jahre an, so müssen wir berechnen, daß das aufgewandte Kapital sich um 20% erhöht hat.

Der Vertreter der Ansiedlungskommission im Landtage kann sagen: Wir weisen in den Rechnungen die Zinsen nicht nach, da wir für die vom Fiskus erhaltenen Summen keine Zinsen zahlen. Einverstanden! Buchhalterisch ist also die Ansiedlungskommission gerechtfertigt; nur kann man dann der Rubrik 19 in Anlage XIII, welche die angebliche Verzinsung nachweist, nicht den Titel „Schadloshaltung des Fiskus“ geben, (denn der Fiskus, das ist im gegebenen Falle der Staatschatz)

sondern man müßte die Rubrik „Schadloshaltung der Ansiedlungskommission“ betiteln. Dann wird — und darum handelt es sich uns hauptsächlich — niemand diese Rubrik für die Grundlage zur Berechnung dessen halten, wie die Ansiedlung sich dem Staatschatz als finanzielles Unternehmen bezahlt macht, bezw. was sie dem Staatschatz kostet.

Im allgemeinen war die Parzellierung größerer Landgüter in den letzten Jahrzehnten ein finanziell vorteilhaftes Unternehmen. Dafür, was für ein Geschäft die Ansiedlung ist, fehlt es an hinlänglichem Material zur Schätzung; denn der tüchtigste Buchhalter wird aus dem Bericht der Kommission mit seinen Anlagen genaue Schlüsse nicht ziehen können. Bei Prüfung dieser Berichte vom Beginn des Bestehens der Ansiedlung an habe ich den Eindruck, daß es nicht nur im Bereich des Deutschen Reichs, sondern in Europa vom finanziellen Gesichtspunkt aus kein so schlechtes Unternehmen gibt, wie die preußische Ansiedlung, aber man kann kein Geschäft im Ganzen finanziell abschätzen, ehe es liquidiert ist; in den Darstellungen der Liquidation der einzelnen Geschäfte (aufgekauft Güter) sind nun wie oben nachgewiesen, so wichtige Fehler enthalten, daß hier die Rechnungen der Kommission als Grundlage zu Berechnungen nicht dienen können.

Nehmen wir also noch einige allgemeine Ziffern: Der Bericht der Kommission sagt: „Die besiedelte Fläche beläuft sich seit dem Bestehen auf 265 249 ha. Zu öffentlichen Zwecken verwandt wurden 28 974 ha. Dem Domänen- und Forstfiskus wurden 42 111 ha verkauft, für verschiedene Dotationen, Plätze usw. reserviert 7 012 ha. Von dem erworbenen Gesamtflächenraum von 390 189 ha sind also 343 346 ha oder 88 % aufgebraucht worden. In den Händen der Kommission verblieben noch 46 843 ha. Davon sind 11 195 ha auf längere Zeit verpachtet, da sie sich zu Parzellierungszwecken nicht eignen. Zum Parzellieren verblieben 35 648 ha. Davon sind 3 000 ha zu Restgütern bestimmt, 4 300 ha werden zu Wegen und öffentlichen Zwecken Verwendung finden, es verbleiben also für die Ansiedler 28 300 ha“.

Vor allem ist nun etwas unaufgeklärt die Ziffer 390 189, welche als Gesamt-Areal aufgezählt wird, während die Denkschrift im vorhergehenden Teile nachweist, daß sie bis Ende 1910 im Ganzen 385 460 ha erworben habe. Aber davon abgesehen, es ist möglich, daß in der Ziffer 390 189 ha schon irgend ein Erwerb aus dem Jahre 1911 Berücksichtigung gefunden hat. Uns handelt es sich hier um die finanzielle Seite.

Nun ist in Rubrik XI das finanzielle Gesamtergebnis wie folgt dargestellt: Insgesamt sind bis Ende 1910 gegen Rentenzahlung 236 196 ha besiedelt, dagegen 37 137 ha den Ansiedlern in Pacht gegeben worden, zusammen 273 333 ha. Das stimmt mit den oben angeführten Ziffern auf Seite 10 der Denkschrift der Kommission nicht sehr überein; aber was ist da zu machen? Nach der allgemeinen Zusammenstellung zahlen die Ansiedler für jene 273 333 ha eine Rente von 6 526 679 Mark und eine Pacht von 1 208 021 Mark, zusammen also 7 734 701 Mark.

Wir halten es für das Wichtigste, uns an die letzterwähnte Ziffer zu halten bei Berechnung der Einnahme, die sich die Kommission aus den besiedelten Grundstücken gesichert hat. Nach ihren Angaben zu schließen, daß sie zu Beginn des Jahres 1911 nicht ganz 10% der ursprünglich angekauften Liegenschaften in der Hand behalten habe, werden wir ihr gewiß kein Unrecht tun, wenn wir voraussetzen, daß ihr dieser Rest etwa 760 000 Mark sichern wird, was zusammen mit der oben auf Grund der Rubrik XI nachgewiesenen Ziffer nach vollständiger Liquidation des gegenwärtigen

Geschäfts $8\frac{1}{2}$ Millionen Mark ausmachen würde. $8\frac{1}{2}$ Millionen Mark stellen zu 4 % d. i. wie der Fiskus für seine Anleihen zahlt, ein Kapital von $212\frac{1}{2}$ Millionen dar.

Indes betrug nach der Denkschrift der Kommission Ende 1910 der Überschuß der Ausgaben über die Einnahmen 476 132 600 Mark. Im Falle der Liquidierung der jetzt im Lauf befindlichen Geschäfte — wovon übrigens offenbar nicht die Rede ist — würde der Überschuß an Ausgaben sich nicht nur nicht verringern, sondern sich vielmehr steigern und gegen 500 Millionen Mark betragen.

Die Nettokosten der 25jährigen bisherigen Ansiedlungstätigkeit würden sich aus 3 Positionen zusammensetzen:

1. Der oben ausgerechnete Verlust 500 Millionen minus $212\frac{1}{2}$ Millionen = $287\frac{1}{2}$ Millionen Mark. Es ist das der Unterschied zwischen der von der Kommission ausgegebenen Summe und dem Kapitalwert der von den Ansiedlern gezahlten Rente und Pacht.

2. Die Zinsen von allen während 25 Jahren zu Besiedlungszwecken verausgabten Summen, für welche die Ansiedlung dem Staate keine Zinsen gezahlt hat.

3. Die Kosten der Ansiedlungskommission selbst, die bis Ende 1910 auf 20 110 724 Mark berechnet werden. Diese Summe vergrößert sich alljährlich um über $2\frac{1}{2}$ Millionen; denn der Etat pro 1909 hat 2 Millionen vorgesehen. Die Positionen 1 und 3 übersteigen an verlustig gegangenen Kapital die Summe von 300 Millionen Mark. Die während der 25 Jahre eingebüßten Zinsen zu berechnen, welche der Fiskus für die zu Ansiedlungszwecken aufgenommenen Anleihen bezahlt hat, werden wir uns nicht anstrengen.

Was dafür erreicht worden ist:

1. an aufgekauftem Boden,

2. an der Zahl der von außerhalb der Grenzen der beiden interessierten Provinzen her bezogenen Deutschen, das wissen wir aus dem Bericht der Kommission.

Es scheint nun, daß die Kosten dieser politischen Arbeit sogar die Kräfte der guten preußischen Finanzen etwas übersteigen, nicht nur ohne der allgemeinen Kultur Nutzen zu bringen, wie die Statistiken behaupten, sondern auch ohne dem Deutschtum Resultate zu zeitigen, welche der Aufwendung entsprächen. Die jetzige Regierung beginnt das vielleicht wahrzunehmen, und man muß sich nur darüber wundern, daß die Volksvertretung sich hierüber nicht schon lange Rechenschaft abgelegt hat.

Berlin, 16. Mai.

A. v. Donimirski.

Aus Nr. 124 der Gazeta Polska (Kosten)

vom 1. Juni 1911:

Von der Tätigkeit des Herrn Biedermann.

Aus Groß-Dammer bei Bentschen teilt man uns mit, daß dort infolge des Kaufs der Kuschener Wiesen, die Herr M. Biedermann aus Posen unter die dortigen Bauern parzellierte, große Erbitterung herrscht. Der notarielle Kontrakt wurde geschlossen, die Bauern haben schon ihre Parzellen bezahlt, doch Herr Biedermann will die Auflassung nicht geben. Der Korrespondent drückt die Hoffnung aus, daß Herr B. doch nicht werde die interessierten Bauern schädigen und sie ruinieren wollen.

Soviel uns bekannt ist, ist Herr B. materiell völlig zusammengebrochen und betreibt auf seinen Namen keinerlei Geschäfte mehr.

Aus Nr. 120 des Lech (Gnesen)

vom 25. Mai 1911:

Schönweiler bedroht?

Man teilt uns von beachtenswerter Seite mit, daß Herr Kowalski, der unlängst von Herrn Dr. Jaworowicz das Gut Schönweiler, Kreis Gnesen, erworben hatte, wegen Verkaufs dieses Gutes mit dem Deutschen Wendorff verhandelt.

Wir teilen dies nicht als eine völlig feststehende Tatsache mit, sondern tun dies nur, um Herrn Kowalski zu veranlassen, dieses abenteuerliche Gerücht zu dementieren.

Schönweiler umfaßt etwa 2700 Morgen und ist eines der letzten größeren polnischen Güter im Kreise Gnesen. Tatsache ist, daß sich der Deutsche Wendorff schon seit einer Reihe von Jahren bemühte, Schönweiler zu erwerben.

Aus Nr. 119 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)

vom 25. Mai 1911:

Von der Notwendigkeit der Reform der „Besta“.

Posen, im Mai 1911.

In diesen Tagen fand die Generalversammlung der „Besta“ statt, einer Lebensversicherungsbank auf Gegenseitigkeit, der einzigen Institution dieser Art. Die Versammlung war dieses Mal verhältnismäßig stark besucht. Die Beratungen waren ziemlich hitzig, und in die Tagesordnung hat man trotz ausdrücklichen Wunsches die Punkte „Anträge und freie Aussprache“ nicht aufgenommen. Die Mitglieder konnten daher das, was sie auf dem Herzen hatten, nicht sagen, und das um so weniger, da man ihnen den Bericht erst im Saale eingehändigt hat. Man kann doch nicht das ganze Meer von Ziffern in einem Augenblick überfliegen, um den wahren Stand und die Entwicklung der Institution kennen zu lernen.

Bei genauer Prüfung des Berichts stößt man auf einige Sachen, die in der Generalversammlung nicht gehörig aufgeklärt worden sind. Zuerst fällt es auf, daß der Zuwachs der Versicherungen um 41 230 Mk. nach Abzug der auf Rückversicherung angenommenen sogar um 250 470 Mk. geringer als im Vorjahre ist. Der Gewinn hat auch die Höhe des Vorjahres nicht erreicht, trotzdem man in ihn die Reserve für unvorhergesehene Verluste eingerechnet hat. Der Vermögensstand der Besta ist ziemlich vorteilhaft, doch zeitigt er nicht die erhofften Früchte.

Dieser Institution fehlt einzig die Lebensfähigkeit. Man gewinnt die Überzeugung, daß nur solche Geschäfte erledigt werden, die der Direktion von selbst in die Hände geraten. Die Institution huldigt dem Grundsatz, daß die gebratenen Tauben von selbst ins Maul fliegen müßten. Dieses hat in der Generalversammlung der Generaldirektor verraten. Er zögerte nämlich nicht, in der Diskussion zu erklären, daß der Verein nicht 18, sondern 50 % Dividende zahlen könnte, wenn er von der Gesamtheit die gehörige Unterstützung erhalten würde. Die Kandidaten kommen nicht allein, um ihr Leben zu versichern, sondern man muß sie suchen und hohe Provisionen zahlen. In derselben Lage befinden sich auch die Konkurrenzvereine, und trotzdem entwickeln sich diese günstig und erzielen hohe Gewinne. Nach der Meinung des Herrn Direktors trifft also das Publikum die Schuld, daß sich diese Institution nicht gehörig entwickelt. Wenn z. B. von zwei Kaufleuten, die unter gleichen Bedingungen ein Geschäft angefangen haben, der eine zu Vermögen kommt und der andere nicht, so trifft das Publikum

welches beide Kaufleute nicht in gleichem Maße unterstützte, auch die Schuld? Zweifelsohne konnte der Kaufmann, der schlechte Geschäfte machte, das Publikum nicht für sein Unternehmen interessieren oder er war unbeliebt, daher blieben die Abnehmer aus. Darin gerade überragte ihn ja sein Konkurrent, obwohl dessen Ware nicht besser und billiger war.

Ebenso verhält es sich mit der Direktion der Besta. Sie besitzt viele vorteilhafte Bedingungen, die die Konkurrenz nicht aufzuweisen hat, z. B. die Unterstützung durch unsere Presse, Verbände, Vereine usw. Indes macht die Konkurrenz, trotz der Parole „Jeder zu den Seinen“ bessere Geschäfte als die Besta.

Die Schuld an dieser Erscheinung muß der Ungeschicklichkeit der Leiter zugeschrieben werden, denen eine Arbeit, wenn nur deren Gewinn für die statutenmäßig vorgeschriebene Lantieme ausreicht, zu genügen scheint. Die Direktion soll angeblich außer der statutenmäßigen noch eine außerordentliche Lantieme in Höhe von jährlich 8000 Mark beziehen. Auf eine diesbezügliche Anfrage hat man eine sehr ausweichende Antwort gegeben.

Die Leiter denken nicht daran, welcher Schaden den Mitgliedern daraus erwächst, die ihrerseits sich mit einer Dividende, wie sie ihnen das Schicksal bescheert, begnügen lassen müssen. Die Leiter müßten nicht darauf warten, bis die Kandidaten selbst kommen, um sich zu versichern, sondern sie müßten für die Tausende, die sie beziehen, am Weiterbau der Organisation selbst mit Hand anlegen. Besitzen sie dafür nicht die entsprechende Befähigung, so mögen sie solche Pflichten nicht übernehmen. Dann werden sie ihr Gewissen durch solche Vorgänge, deren wir im Jahre 1898 Zeuge waren, nicht zu belasten brauchen. Eine gewissenhafte Direktion würde sich wenigstens entsprechende Kräfte zum Beirat und zur Arbeit wählen. Man hat aber Leute, die erfolgreich arbeiten konnten, angeblich ihrer demokratischen Gesinnung wegen, leider beseitigt und sie durch wenig produktive und sozial sich gar nicht mitteilende Kräfte ersetzt. Wir haben ganze Reihen von Menschen, welche für dieses Gebiet befähigt sind, doch diese denken nicht daran, halb umsonst zu arbeiten. Die Arbeitenden müssen sich mit den Brosamen, die vom Direktortisch herunterfallen, begnügen. Es ist garnicht mal so lange her, als im Dienst ergraute Beamte monatlich 75 Mark Gehalt erhielten. Nein, mein lieber Herr Direktor, die heutigen Zeiten haben sich geändert. Kann der Direktor 25000 Mark Einnahmen haben, so hat der Beamte, dessen Arbeit die Institution erhält, ein Recht auf bessere Bezahlung.

Darüber müßte die Generalversammlung wachen.

Zur gehörigen Führung einer Lebensversicherungsgesellschaft sind Leute mit kaufmännischen Fähigkeiten, und nicht Juristen notwendig. Ein Jurist kann ein guter Verteidiger sein, er braucht aber deshalb noch lange kein guter Kaufmann zu sein. Es muß vor allen Dingen bedacht werden, daß die Lebensversicherung die schwierigste von allen Versicherungen ist. Leider hat man in unserer Gesamtheit das Vorurteil, daß nur Juristen befähigt sind, Institutionen zu leiten, noch nicht ausgerottet. Ich frage, was hat die juristisch vorgebildete Direktion der Besta ein Vierteljahrhundert hindurch erwirkt? Das kann man leicht feststellen, wenn man den Jahresbericht der Besta mit den Berichten der Konkurrenzvereine vergleicht.

Was ihre Tätigkeit anbetrifft, so würde es genügen, wenn die Besta hier in den polnischen Landesteilen nur die Hälfte der Akquisition erreichen würde, die bei der polnischen Gesamtheit von den Konkurrenzgesellschaften erreicht wird. Ich frage weiter, warum die Direktion eine Reihe von teuren und unproduktiven Vertretern besonders im Westen Deutschlands hält? Was die

Fonds anbetrifft, so würde sich auch dafür Rat finden. Die Direktion hat indessen, treu ihrem Grundsatz, über ein Vierteljahrhundert mit gefalteten Händen dageessen und sich mit den Brosamen begnügt, die andere Gesellschaften ihr überlassen haben. Heute ist die Konkurrenz zu groß, als daß die Direktion mit den organisatorisch-kaufmännischen Fähigkeiten, die sie besitzt, ihrer Ausgabe gerecht werden könnte. Mehrere nicht gehörig wirkende Generalagenten nebst zwei bis drei Inspektoren — das ist der ganze Kräftevorrat, der der allmächtigen Konkurrenz die Stirn bieten soll!

Die Schuld an der ungünstigen Lage trägt gewissermaßen der Aufsichtsrat, in welchem ehrbare, in jeder Hinsicht Garantie bietende Bürger sitzen, nur mangelt es ihnen an Fachkenntnissen. Der Aufsichtsrat müßte das Unterbringen des Kapitals auf kleine, aber sichere Hypotheken beeinflussen und dafür sorgen, daß eine größere Anzahl von Personen, besonders der versicherten, den bequemen Kredit ausnützen könnte. Eine solche Unterbringung des Kapitals würde der Institution auch größere Vorteile bringen.

Ähnliche Punkte gibt es noch mehr. Soll unsere einzige Institution tatsächlich dazu verurteilt sein, ein schwindsüchtiges Leben zu führen? Es läßt sich für alles, also auch dafür Rat schaffen. Für das Wohl und Wehe der Institution müßte sich ein noch größerer Kreis von Mitgliedern interessieren. Wir müßten deren Demokratisierung anstreben. Das Wahlsystem der Besta ist schlimmer als das reaktionäre Wahlsystem zum preussischen Landtage. Infolgedessen erhielten die Direktion und der Aufsichtsrat bisher immer die Majorität. Mit einem Wort, wir müßten eine radikale Sanierung der Gesellschaft durchführen. Am Ruder müßten energische, fortschrittliche, berufliche, mit organisatorischem Talent ausgestattete Personen stehen, die es verstehen würden, die Institution in neue und richtige Bahnen zu lenken. Noch ist es Zeit dazu, später könnte es hierzu vielleicht zu spät sein. Die Mitglieder müßten die Einberufung einer außerordentlichen Versammlung erstreben und entsprechende Beschlüsse fassen; denn die Nachlässigkeit könnte sich später vielleicht rächen. Die vorstehende Stimme ist nicht zwecks Schädigung der Institution, sondern aus aufrichtigem Wohlwollen für die Sache erhoben worden. Unsere einzige Institution müßten wir wie den eigenen Augapfel behüten. Möge unsere Gesamtheit ihr das Vertrauen, das sie in vollem Maße verdient, schenken, denn ihre starken Fonds geben volle Garantie und die Beiträge sind klein. Die Mitglieder dagegen mögen auf die innere Verwaltung Acht geben.

Ein Bürger.

Die obige Stimme ist uns aus angesehenen und mit den Verhältnissen der Besta genau vertrauten Kreisen zugegangen. Wir geben sie gerne wieder, weil sie die Angelegenheit sachlich und ruhig behandelt. Wir sind überzeugt, daß sie der Ausdruck der Meinung weiter Kreise, die sich für unsere wirtschaftlichen Institutionen, namentlich für die Besta, interessieren, ist. Solche Mitteilungen sind uns schon öfters zugegangen, daher erwarten wir um so mehr, daß sich die interessierten Faktoren mit der fraglichen Angelegenheit ernstlich befassen.

Aus Nr. 121 des Goniec Wielkopolski (Posen)
vom 28. Mai 1911:

Das polnische Gewerbehaus.

Die Generalversammlung der Baugenossenschaft Dom Przemyslowy fand gestern abend — am 26. d. M. — im Restaurationsaale des polnischen Gewerbehauses bei wenig zahlreicher Beteiligung der Mitglieder statt.

Die Versammlung eröffnete der Vorsitzende des Aufsichtsrats Herr Dr. Pomorski. Nach Verlesung und Annahme der Tagesordnung erstattete Herr Baumeister St. Rzepecki den Kassenbericht und besprach eingehend die Hauptpositionen der Bilanz.

Seitens der Revisionskommission besprach Herr T. Filipowicz die Bilanz und bemerkte, daß die 63 580,45 Mark, welche in der Bilanz als überschuß figurieren, keinen Gewinn darstellten, sondern der Ausgleich für frühere Verluste seien. Es handelte sich hierbei um eine ziffermäßige Schiebung.

Herr Direktor Jerzykiewicz stellte den Antrag, die Positionen des angeblichen überschusses, welcher durch die neue Taxierung des Hauses hervorgerufen wurde, auf den Fonds des Ausgleichs der Verluste bei den Anteilen zu übertragen, solange der Wert der Anteile nicht seine volle Höhe erreicht.

Nach einer ziemlich lebhaften Diskussion hat man beschlossen, nach Vervollständigung der Anteile zu der statutenmäßig vorgeschriebenen Höhe von 100 Mark — den Rest des überschusses d. h. 58 455,98 Mark — dem Ausgleichsfonds zwecks Erhebung der Anteile auf ihren ursprünglichen Wert zu überweisen.

Nunmehr hat die Generalversammlung auf Antrag der Revisionskommission dem Vorstand und Aufsichtsrat Entlastung erteilt und die Bilanz für 1910 mit dem Vorbehalt angenommen, daß bei der Zusammenstellung der Aktiven und Passiven hinzugefügt werde: „Der überschuß ist durch die neue Taxierung des Hauses veranlaßt worden“.

Danach fand die Wahl von drei Aufsichtsratsmitgliedern statt. Durch Zettelwahl sind gewählt worden: Dr. Pomorski wieder, Prof. Dr. Drygas und R. Wolniowiez neu. Die Revisionskommission ist durch Akklamation wieder gewählt worden.

Bei den freien Anträgen fragte Herr Laszewski aus Czarnikau an, ob die Mitglieder, die vor zwei Jahren ausgeschieden sind, ohne Verlust des Beitritts-geldes wieder aufgenommen werden könnten.

Nach einer kurzen Diskussion hat man sich dahin entschieden, daß, obwohl sich der Wert des Gewerbehäuses hebt, diejenigen Mitglieder, die noch nicht die gerichtliche Mitteilung ihres Austritts erhalten und ihren Anteil noch nicht abgehoben haben, ihre Austrittserklärung zurückziehen können.

Am Schluß drückte Dr. Pomorski den Vorstandsmitgliedern seine Anerkennung für die eifrige und uneigennützig Arbeit aus, und Herr Goralski hob die Verdienste des Schatzmeisters Herrn Rzepecki hervor. Man ehrte die Vorstandsmitglieder und auch Herrn Rzepecki durch Erheben von den Plätzen.

Nach Verlesung und Annahme des Protokolls schloß der Vorsitzende die Sitzung.

Aus Nr. 9 des Kupiec (Posen)
vom 1. Mai 1911:

Vom Lederhandel im Großherzogtum.

Das Großherzogtum Posen verbraucht, wie ein gewisser Fachmann schreibt, jährlich für etwa 22 Millionen Mark Leder. Der Lederhandel befindet sich mit geringen Ausnahmen in den Händen der Juden. Es wäre erwünscht, daß unsere Kapitalisten mit Hilfe tüchtiger Fachleute ein Ledergeschäft großen Stils gründeten. Verschiedene Fachleute und diejenigen, welche Rohleder verarbeiten, behaupten, daß ein solches Geschäft gut prosperieren würde. Wir müssen in dieser Branche im Auslande etliche Fachleute ausbilden lassen, um in Zukunft diesen Handel in unsere Hände zu be-

kommen, was auch nicht schwer sein wird, da die Konsumenten des Rohleders vorwiegend unsere Landsleute sind.

So lange wir aber keine Groß-Ledergeschäfte haben, müssen diejenigen unterstützt werden, die gegenwärtig bereits größeren Lederhandel treiben, um ihnen bei der Bekämpfung der fremden Konkurrenz behilflich zu sein. Außer einigen größeren Posener Firmen haben wir in der Provinz ein größeres Ledergeschäft, dessen Inhaber Herr Joseph Zarnowski in Gostyn ist und der seit längerer Zeit auch im Kupiec inseriert. Zur Spezialität dieser Firma gehört der Sohlen-ausschnitt. In kleineren Städten wird in vielen Geschäften ein solcher Handel mit gutem Erfolge betrieben. Abnehmer für diesen Artikel sind die Dorfbewohner und Arbeiter. Wer diesen Artikel führt oder die Absicht hat, ihn zu führen, der möge sich an die Firma Zarnowski-Gostyn wenden; sicherlich wird er daselbst gut bedient werden.

Aus Nr. 118 des Lech (Gnesen)
vom 23. Mai 1911:

Der Landsmann zum Landsmann.

Man teilt uns mit, daß Herrn Kasprovicz in einem gewissen Prozesse ein jüdischer Rechtsanwalt vertreten hat, trotzdem es in Gnesen vier polnische Rechtsanwälte gibt.

Ein schönes Beispiel gibt Herr Kasprovicz, darüber läßt sich nichts sagen!

Flugblatt.

Aufruf an die polnische Bevölkerung des Kreises Schrimm.

Der Stolz und der Hochmut des deutschen Hakatismus haben eine neue brutale Gewalttat vollbracht. In der Versammlung der altpolnischen „Schützengilde in Schrimm“ haben die Deutschen und Juden unter der Führung des Schrimmer Bürgermeisters die Sitzungen der Gilde vergewaltigt, aus der Mitgliederliste einige ihrer Tüchtigkeit wegen bekannte Polen gestrichen und in die Gilde als Mitglieder über 120 Deutsche und Juden aufgenommen, die, als sie das erste Mal in der Versammlung waren, auf schändliche Art die Freiheit des Wortes vergewaltigten, die polnische Sprache aus den Beratungen beseitigten und die Sitzungen nach preußisch-patriotischem Muster abänderten.

Noch zu Lebzeiten des uns allen bekannten verstorbenen Edmund Heyman, des Vorsitzenden der Schützengilde, bekamen die Hakatisten zusammen mit den Juden Appetit auf das Vermögen der Gilde, das in Form von Grund und Boden etwa 30 000 Mark beträgt.

Der Schrimmer Magistrat wollte als Mitglieder etwa 150 Deutsche und Juden aufdrängen! Die Gilde, die vorausah, daß, wie einst in Posen, in Schrimm ein neuer Anschlag bevorstand, wollte nicht das auf Befehl der oberen Behörde zusammengejagte Lumpengesindel in ihre Mitte aufnehmen.

Um die polnischen Reihen zu stärken, wurden etwa 100 polnische Bürger in Schrimm in die Gilde aufgenommen, aber der im Dienste des Hakatismus stehende Magistrat erkannte unsere Mitglieder nicht an und entsetzte den polnischen Vorstand seines Amtes!

So benehmen sich die fremden Zuzügler auf unserer uralten Erde der Pflaſten, die ſie aufgenommen hatte!

Als der Gildenvorſtand unlängſt eine Mitglieder-Verſammlung einberufen hatte, verbot der Bürgermeiſter die Abhaltung derſelben, beſetzte das Viktoriahotel mit Polizei und Gendarmen und drohte, daß er die Waffen gebrauchen und zum Auseinandertreiben der Polen Militär heranziehen würde! Die letzte Mittwochsverſammlung berief der Bürgermeiſter ein und lud zu ihr etwa 150 deutſche und 90 alte polniſche Mitglieder ein.

Das durch Gewalt aufgezwungene deutſch-jüdiſche Lumpengeſindel hatte das — natürlich ungeſetzliche — Übergewicht und nützte es auf geradezu ſchamloſe Art aus!

Und alles dies geſchah unter dem Schutze der Polizei und der Gendarmen!

Die ſogenannte deutſch-jüdiſche Intelligenz, alſo Profefſoren, der Tierarzt, ein jüdiſcher Kaufmann, deutſche Kaufleute und Handwerker, ſowie andere Kulturträger ſpielten gemeinſam mit den Juden eine ſchändliche Rolle, indem ſie das Recht vergewaltigten und aus der Gilde Polen ausschloſſen, trokdem ſie die Angelegenheit nicht kennen und beurteilen konnten, weil ſie zum erſten Mal in einer Verſammlung der Gilde anweſend waren.

Die Verſammlung am 10. Mai war ein greller Beweis für die Gemeinheit und Demoralisation des ganzen deutſch-jüdiſchen Elements in Schrimm, und ſowohl die Intelligenz als auch das deutſche Lumpengeſindel von Beamten und Handwerkern ſpielte die Rolle des von der Hand des Haſatismus, der im Magiſtrat und in der Stadt herrſcht, zusammengetriebenen Stimmviehs.

Die aus den Zeiten des unabhängigen Polens ſtammende altpolniſche Schützengilde zu knebeln, zu zermalmen, ſie ihres Vermögens zu berauben, die Medaillen, Ketten, polniſchen Adler fortzunehmen, die Dokumente und Privilegien polniſcher Könige an ſich zu reißen, das war das Ziel des Haſatismus! Das letzte gelang ihnen nicht, denn der verſtorbene Edmund Reymann hat angeblich noch zu Lebzeiten alles hinter die Grenzpfähle des uſurpatoriſchen preußiſchen Königreichs geſchafft.

Und was ſagſt du, polniſches Volk, zu alledem?

Was ſagſt du dazu, du Bürgerschaft von Schrimm?

Werdet ihr auch jezt noch den Haſatismus und die Juden unterſtützen, die das polniſche Volk auf ſo freche, brutale Art behandelt haben?

Wirſt du, polniſche Mutter, du Bauernfrau, du Bürgerfräulein und du polniſches Dienſtmädchen auch jezt nicht aufhören, beim Juden und beim Deutſchen zu kaufen?

Und du Bauer, du polniſcher Arbeiter, mußt du auch jezt noch deinen blutig erarbeiteten Groschen zum haſatiſtiſchen Schmied, Schloſſer, Tiſchler, zum jüdiſchen Kaufmann und in die jüdiſche Deſtille tragen?! Gibt es in Schrimm denn keinen polniſchen Rechtsanwalt, Arzt, Kaufmann, Induſtriellen und Handwerker, der auch redlich und wie ein Bruder den Bruder bedient?!

Und du Kaufmann und Schrimmer Bürger, wirſt du nicht endlich deine niederträchtige Eifersucht und deinen Hochmut fahren laſſen, wirſt du jezt nicht endlich aufhören, die Fremden zu unterſtützen, von denen du noch immer kauſt, während du ſelbſt aus voller Kehle ſchreiſt, daß der Landſmann zum Landſmann gehen ſoll?!

Wenn ihr, Polen und Polinnen im Kreiſe Schrimm, euch auch jezt noch nicht befehrt, dann ſeid ihr nicht wert, daß euch die Sonne beſcheint!

Möge dieſes unſer Land den verſchlingen, der nach einer ſolchen neuen Lehre noch unſere nationalen Gebote brechen wird!

Hat euch nicht der verſtorbene Patron Bawrzyniak, euer Landſmann, ein Beiſpiel gegeben, wie man die Juden aus unſerem Lande ausrotten ſoll, hat er nicht einen neuen Zeitabſchnitt der Selbſtverteidigung in Stadt und Land geſchaffen, und ihr ſündigt immer noch und traget, nicht eingedenk ſeiner Fingerzeige, das Gold zu dem fremden Ankömmling!

Und die polniſche Intelligenz, ihr Erben ſeiner Aufgaben und Arbeiten, warum unterſtützt ihr noch immer die Fremden, anſtatt mit gutem Beiſpiel voranzugehen? Im Munde führt ihr ſchöne Worte, aber eure Taten ſtimmen mit den Worten nicht überein, und von euch und euren Frauen wird immer noch das Judentum und der raſende Haſatismus unterſtützt, den ſogar das preußiſche Miniſterium bereits abgeſchüttelt hat. Und ihr könnt dieſes Ungeziefer nicht abſchütteln?!

In der Tat! Man wird den polniſchen Zeitungen alle jene bekannt geben und jene brandmarken müſſen, die vom heutigen Tage ab, beim Juden und Haſatiſten noch etwas beſtellen, oder von ihnen noch etwas kaufen werden!

Polniſches Volk! Sei endlich deiner bewußt! Erwäge, daß der katholiſche Prieſter dir von der Kanzel herab nicht Lehren erteilen kann, wie du dich in ſozialer und nationaler Hinſicht verhalten ſollſt, denn unſere Kirchen ſind mit Spitzeln-Amtskatholiken beſetzt, die den Prieſter ſoſort denunzieren und ihm Gefängnis-ſtrafen verſchaffen.

Polin! Begreiſt du denn nicht, daß du ein Verbrechen an dir, an den Kindern, an deiner Nation begehſt, wenn du den vom Mann oder vom Bruder ſchwer erworbenen Groschen in den jüdiſchen Kramladen oder zum Haſatiſten trägſt?

Boykottieren uns denn nicht Regierung und Gemeinde, oder kauſt der Jude oder Haſatiſt etwas vom Polen, oder giebt er einem Polen Arbeit, wenn er ſie ihm nicht unbedingt geben muß?!

Erwache, polniſches Volk, und ſchwören wir uns, daß unſer Vorſatz kein Strohfeuer ſein wird, ſondern daß wir jezt endlich die Sünden der Dummheit, des Hochmuts, der Eifersucht und der Trägheit ablegen und gegenüber jenen widerharrig werden, die uns knebelten und uns plündern und aushungern wollen.

Unerforſchlich ſind Gottes Fügungen! Und ein polniſches Sprichwort ſagt: „Es giebt nichts Böſes, das ſich nicht zum Guten wenden würde.“ Die An- gelegenheit der Vergewaltigung und Beraubung der polniſchen „Schützengilde“ in Schrimm wird ihren Weg gehen, nur die Schrimmer werden, wenn auch in geringerer Anzahl, ſo lange in der Gilde bleiben, bis die in Frage kommenden Prozeſſe beendet ſein werden.

Aber die Vorſehung hat uns augenſcheinlich eine neue Heimſuchung für Schrimm und Umgegend zu dem Zwecke geſandt, um das polniſche Volk aus ſeiner Trägheit, Dummheit und Gleichgültigkeit für die nationale Sache, für unſern heiligen Glauben zu erwecken.

Möge dieſes Murren der Entrüſtung ſich in jedem Hauſe, in jeder polniſchen Familie, die beim Leſen dieſes Aufrufes verſammelt iſt, in einen lauten Schwur verwandeln, daß dieſer neue Fall ſchamloſer Gewalttat unſere Herzen reinigen, das nationale Gewiſſen läutern wird, und möge jeder Pole und jede Polin bei dem Vorſatz hartnäckig verharren, daß von jezt ab Juden und Haſatiſten für uns nicht mehr exiſtieren werden! Mögen ſie dahin wandern, woher ſie gekommen ſind und mögen ſie uns nicht unſer polniſches Brot nehmen.

Wer ein reines Gewiſſen hat, wer durch ſeiner Hände Arbeit und ſeinen Verſtand ſeinen und ſeiner

Familie Lebensunterhalt erwirkt, der braucht und wird weder von dem Landrat, noch vor dem Kommissar, noch vor dem Schrimmer Bürgermeister den gehorsamen Diener spielen.

Geben wir alle wie ein Mann diesen Hergelaufenen, diesen Judassen, dieser Judengesellschaft zu fühlen, daß ihre neue niederträchtige und hinterlistige Gewalttat uns geändert, gebessert und veredelt hat.

Zeigen wir, daß in uns doch ein Bröckchen nationaler Würde steckt!!!

Also Brüder und Schwestern! Von heutigem Tage ab Trennung von dem Judentum und dem Hafatismus!!!

So wahr uns Gott helfe und seine heilige Mutter, unsere Königin!

Ein alter Landsmann.

Aus Nr. 117 des Ogródownik (Posen)
vom 23. Mai 1911:

Betrifft die Schrimmer Schützengilde.

Wir schreiben schon davon, daß die Entrüstung unter der Bürgerschaft in Schrimm und Umgegend aus Anlaß des — gelinde gesagt — rücksichtslosen Vorgehens der Deutschen in der Gilde so groß ist, daß die Deutschen darunter leiden werden. Einwaige Einbußen werden also die deutschen Kaufleute und Gewerbetreibenden in Schrimm lediglich den Hafatisten und deren herausforderndem Benehmen gegenüber den ehrenwertesten Schrimmer Bürgern und der ganzen Schützengilde zu verdanken haben. Wenn die Deutschen die Folgen ihres Verfahrens gegen uns empfinden werden, wenn unter ihrem hafatistischen Patriotismus ihre Tasche leiden wird, dann wird unzweifelhaft ein großer Lärm entstehen; es werden Klagen an Blätter nach Art des Tageblattes gerichtet werden darüber, daß die Polen Boykott treiben, daß das Deutschtum infolgedessen in Gefahr sei. Eine weitere Folge wird das Verlangen nach schneller Hilfe in klingender Münze aus dem nach ihrer Ansicht unerschöpflichen Staatsäckel sein.

Mögen sich die Herren Hafatisten angesichts derartiger Vorgänge nicht darüber wundern, daß sie sogar bei der preussischen Regierung die Gunst einbüßen, daß der Minister v. Schorlemer sich von ihnen abwendet und von einer solchen Seite her keine Rat schläge haben will.

(Der übrige Teil des Artikels besteht aus einem Bericht über den Artikel des Pos. Tageblattes, in welchem die Vorgänge in der Schrimmer Schützengilde den Tatsachen entsprechend geschildert werden.)

Red. d. Ges. Üb.

Aus Nr. 121 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 28. Mai 1911:

Empörung in Schrimm.

Seitdem die Deutschen und die Juden mit dem Bürgermeister an der Spitze die einst polnische Schützengilde beherrschen, kommt man in der Stadt Schrimm und Umgegend nicht zur Ruhe. Alle Gemüter sind empört, einer setzt dem andern auf Schritt und Tritt zu, ohne in den Mitteln wählerisch zu sein.

Daß noch nicht ermittelte Übeltäter das Schützenhaus ruiniert haben, damit es nicht unbeschädigt in fremde Hände komme, haben wir bereits mitgeteilt. Jetzt berichtet das dortige deutsche Blättchen, daß dieselbe Lumpenhorde angeblich aus Rache das Häuschen des deutschen Ruderklubs beschädigt, alle Fenster eingeschlagen

hat usw. Derartige Taten lobt kein verständiger Mensch, sie können der Sache selbst mehr schaden als nützen, sie sind aber ein sprechender Beweis für die hier herrschende Erbitterung.

Viel verständiger hat sich eine andere Gruppe von Feinden des Deutschtums in Schrimm aus Werk gemacht. Vor einer Woche wurden in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag in allen umliegenden Dörfern und in der Stadt selbst einige Tausend Exemplare von Flugblättern verbreitet, in welchen zum Boykott jener aufgefordert wurde, die mit Hand angelegt hatten, die Gilde in ihre Gewalt zu bringen, also der jüdischen und deutschen Kaufleute und Industriellen. Zufällig ist auch uns ein Exemplar dieses Aufrufes, „ein alter Landsmann“ unterzeichnet, auf den Redaktionsstisch geflogen.

Einige Absätze sind mit so feuriger Feder geschrieben, daß uns, wenn wir sie wiederholen würden, die wohlwollende Staatsanwaltschaft unzweifelhaft auf die Fehen treten würde. Wundern muß man sich aber darüber, daß man den Aufruf so geschickt verbreitet hat, daß niemand auf frischer Tat ertappt worden ist. Man hat ihn nämlich nicht direkt verteilt, sondern ihn auf die Straßen, Kirchhöfe, die Schwellen der Dorfhütten geworfen, sodaß die Leute am frühen Morgen die Aufrufe fanden und von Hand zu Hand weitergaben. Der erzielte Erfolg war ein großer. Am nächsten Markttage standen die Läden aller Fremden leer. Der Boykott wurde mit solcher Gründlichkeit durchgeführt, daß, falls er nicht nur ein Strohfener sein wird, viele Jüdchen nach Palästina auswandern werden, was wir ihnen ebenfalls aus vollem Herzen wünschen.

Für die Entdeckung des Verfassers, Druckers und derjenigen Personen, die den Aufruf in tausenden von Exemplaren verbreitet haben, ist angeblich eine hohe Geldbelohnung ausgesetzt worden, aber man hat alles so vorbereitet, daß kaum etwas herauskommen wird.

Aber nicht genug mit dieser Schandtat. Die freiwillige Feuerwehr ist wegen der Schützengilde auch in den Streik getreten. Fast alle Polen sind aus ihr ausgetreten, weil sie sich von dem Grundsatz leiten lassen, daß der Bürgermeister, wenn er imstande war, 120 Beamte zusammenzurufen, die in grünen Uniformen mit der Hahnenfeder auf dem Kopfe paradiere wollten, jetzt auch diese bequemen Herrchen in die Feuerwehr ziehen könne. Das wird erst ein Lamento werden, wenn irgendwo Feuer ausbrechen wird.

Um dem Übel zum Teil abzuhelfen, hat der Magistrat in Schrimm jene Polen, die aus der freiwilligen Feuerwehr ausgetreten sind, in die Zwangsfeuerwehr eingereiht und ihnen angeblich zur Strafe den Namen „Arbeitsmannschaften“ gegeben. Im amtlichen Kreisanzeiger gibt er bekannt, daß von jetzt an häufig unerwartete Alarmierungen stattfinden würden, um die Bürger für den Fall eines Brandes vorzubereiten. Ob indessen die Bürger zu jeder Zeit sich auf sein Verlangen hinstellen müssen, das wird die Zukunft entscheiden. Rette Verhältnisse!

Aus Nr. 122 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 30. Mai 1911.

Aus Schrimm.

Der neue Vorstand der Gilde, der ihr mit Gewalt aufgezwungen worden ist, hat die Prozesse, die der frühere Vorstand wegen ungesetzlicher Aufnahme von Mitgliedern in die Gilde angestrengt hatte, zurückgenommen.

Der Magistrat rächt sich an den Bürgern und hat angeordnet, daß jene polnischen Bürger, die aus der freiwilligen Feuerwehr ausgetreten sind, als „Arbeits-

mannschaft" der Zwangsfeuerwehr angehören müssen. Sie dürfen sich durch Bezahlung einer entsprechenden Summe hiervon nicht befreien, auch dürfen sie in die freiwillige Feuerwehr nicht wieder eintreten.

Wir zweifeln, ob diese Schikanen gesetzlich begründet sind.

Aus Nr. 122 der Gazeta Polska (Kösten)
vom 30. Mai 1911:

Die Polizeiklingel zur Verteidigung der boykottierten deutsch-jüdischen Kaufleute in Schrimm.

In diesem Artikel ist zunächst kurz die Rede von dem in Schrimm und Umgegend verbreiteten Aufruf. Es heißt dann weiter:

„Die Schrimmer Polizei mit dem Bürgermeister Schorstein an der Spitze, die während des Streites um die Gilde schon manchen interessanten Ukas erlassen hat, ist neuerdings mit einem neuen Ukas zur Verteidigung der bedrohten deutsch-jüdischen Taschen hervorgetreten, und zwar ist sie mit vollem, feierlichen Zeremoniell aufgetreten.

Wie man uns aus Schrimm mitteilt, rief am Sonnabend ein durch die Straßen gehender Polizist durch Klingeln die Schrimmer Bürger zusammen und gab ihr in amtlichem Tone die Bekanntmachung oder richtiger Warnung bekannt,

„daß niemand wagen solle, in deutsche oder jüdische Geschäfte gehende Leute zurückzurufen. Wer diesem Verbote zuwiderhandeln werde, den werde Gefängnisstrafe treffen.“

Allerdings liebt es die Schrimmer Polizei sehr, mit Gefängnisstrafen freigebig umzugehen, aber es ist die große Frage, ob diese Drohungen nicht vielleicht gerade die entgegengesetzten Folgen haben werden. Im allgemeinen müßte das polnische Volk schon selbst wissen, ob es in jüdische Geschäfte gehen soll oder nicht; man braucht sich also durch „Boykottieren“ der von der Schrimmer Polizei angedrohten Gefängnisstrafe nicht auszuweichen.

Wer aber bis jetzt vom Boykott nichts gewußt hatte, der konnte dies aus dem auf den Straßen verkündeten „Ukas“, der durch die Polizeiklingel noch verstärkt wurde, erfahren. Auf diese Art hat der polizeiliche Ukas den deutsch-jüdischen Kaufleuten vielleicht nur — einen Bärenienst erwiesen.

Aber dieses „Ausklungeln“ muß man noch von einer anderen Seite aus betrachten. Es ist allgemein bekannt, und am besten empfinden dies die polnischen Kaufleute und Industriellen am eigenen Fell, wie die Kaufleute die polnischen Unternehmungen bekämpfen. Deshalb klingelt die Polizei dies nicht ebenfalls aus und verbietet es bei Gefängnisstrafe. Die Schrimmer Bürger haben das Recht, von der Polizei zu verlangen, daß alle mit gleichem Maß gemessen werden.

Aus Nr. 119 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 25. Mai 1911:

Hauptversammlung des Vereins zur Lehrbeihilfe.

Gestern fand im BazarSaale in Posen im geschlossenen Zirkel die Hauptversammlung der Delegierten und Mitglieder des Marcinkowstivereins zur Lehrbeihilfe statt. Eröffnet wurde sie vom Vorsitzenden der Direktion Grafen Mieczyslaus Kwiecki, Dporowo.

Als Verhandlungsleiter wurde vom Vorsitzenden der geistliche Rat Piotrowicz aus Skalmierschütz vorgeschlagen. Da dieser jedoch das Ehrenamt ausschlug, wurde an seine Stelle Herr Karl v. Szaniacki aus Posen vorgeschlagen und einstimmig gewählt.

Zu Schriftführern wählte man Herrn Rechtsanwalt Swinarski aus Hohenalza und den Propst Siemieniski aus Bialcz. Die vom Verhandlungsleiter verlesene Tagesordnung wurde angenommen, ebenso das Protokoll der letzten Hauptversammlung.

Sodann verlas Herr Rat Groszman den Bericht über die Tätigkeit der Direktion im verflossenen Jahr, dem 70. seit Gründung des Vereins. (Es folgt eine Skizze des in der vorigen Nummer des Gesamtüberblickes enthaltenen Berichts der Direktion.) Red. d. Ges. Ab.

In der Diskussion nahm das Wort Propst Zmizinski, welcher empfahl, daß man Stipendiaten, die sich dem tierärztlichen Beruf widmeten, in breiterem Maße berücksichtigen solle.

Im Namen des erkrankten Schatzmeisters Herrn St. Krysiwicz verlas Herr Direktor Jerzykiewicz den Kassenbericht. Die Bilanz schließt am 1. Januar 1911 mit 1 825 583 Mark ab. In der Diskussion nahmen das Wort die Herren v. Jastrzewski aus Miłoslawice und Szuman, Goluchowo. Aufklärungen boten die Herren Direktor Jerzykiewicz und Rat Groszman.

Im Namen der Revisionskommission berichtete Valerian Lebinski, welcher für den Schatzmeister Entlastung beantragte, da Kasse, Bücher und Beläge sich in musterhaftem Zustande befanden. Entlastung wurde erteilt. In die Revisionskommission wurden die bisherigen Herren Dr. Hacia, Dr. Krysiwicz, J. Leitgeber, B. Lebinski und Michael Wieckowski gewählt. Die Direktion stellte den Antrag, den Satzungen einen Paragraphen 17 a folgenden Wortlauts hinzuzufügen:

„Die Auflösung des Vereins kann nur durch einen Beschluß der Hauptversammlung bestimmt werden, und zwar mit Zweidrittelmehrheit. Im Falle der Auflösung des Vereins aus irgendwelchem Grunde haben die Mitglieder nicht das Recht, eine Vermögenssteilung zu fordern. Über das Vereinsvermögen haben nur die Mitglieder der letzten Direktion zu verfügen das Recht. Sie werden verpflichtet sein, das Vermögen zu verwandten Zwecken zu verwenden. Ihre Beschlüsse werden mit Stimmenmehrheit in einer Sitzung gefaßt, in welcher mindestens $\frac{2}{3}$ der Mitglieder der letzten Direktion anwesend sein müssen.“

Nach der umfangreichen Diskussion, welche diese Angelegenheit hervorrief und in welcher das Wort nahmen die Herren Jastrzewski, Szuman und Kammerherr Cegielski, Posen, wurde die von der Direktion vorgeschlagene Änderung der Satzungen mit großer Stimmenmehrheit angenommen. Nur drei Stimmen waren dagegen. Aus dem Vorstande schieden die Herren Graf Mieczyslaus Kwiecki, Prälat v. Poninski, Kammerherr Cegielski und Rechtsanwalt Wolinski. Sie wurden wiedergewählt und anstelle des verstorbenen Prälaten Wawrzyniak Graf Mucielki, Wollstein.

Bei der freien Aussprache berührten verschiedene Fragen die Herren Szuldrzynski, Lubajz, Propst Kopernik, Wongrowiz, Jordan, Schroda, Propst Jazinski, Znin, Prälat v. Poninski, Koscielce und Propst Jadowski aus der Schildberger Gegend. Herr Szuldrzynski eruchte, die Direktion möchte in administrativer Hinsicht des Vereins den Kreis Czarnikau von dem Kreise Filehne trennen. Einige Delegierte äußerten den Wunsch, die Direktion möchte wie früher den Gymnasiasten schon von der Untertertia ab Unterstützung gewähren. Schließlich teilte Herr Rat Groszman mit, es seien eben 40 Jahre vergangen seit dem Augenblick,

in welchem Graf Kwilecki, Dporowo in die Direktion eingetreten sei. Die Versammlung ehrte das ungewöhnliche Jubiläum durch Erheben von den Plätzen und sie sprach zugleich dem Grafen Kwilecki den Dank aus für seine ergiebige Tätigkeit im Schoße des Vereins. Hiermit wurde die Versammlung geschlossen.

Aus Nr. 5. des Przegląd Oświatowy (Posen)
vom 1. Mai 1911:

Abteilung für Berichterstattung des Volksbibliothekenvereins in Posen.

Sitzung des Hauptvorstandes vom 6. März d. Js.
Anwesend: die Herren Sczaniecki, Geistlicher Rochalski, Dr. Michalski, Geistlicher Koscielski, Geistlicher Lisiecki, Dr. Jastrzewski, Geistlicher Bielawski, Dr. Celichowski, Rowinski, Dr. Kapuscinski, Chocijewski, Rechtsanwalt Chrzanowski, Dr. Dembinski, Neyman.

Dr. Jastrzewski erstattet den Bericht über die Tätigkeit der Kommission für Vorträge. Auf Antrag der Kommission werden 1000 Mk. als einmalige Subvention zum Ankauf von Filmen und für die Einrichtung eines Leihinstituts bewilligt.

Rechtsanwalt von Chrzanowski referiert über die Staatssteuer von der Schenkung des Anonymus aus Warschau zu Zwecken des Volksbibliothekenvereins.

Dr. Dembinski erstattet den Bericht über die Tätigkeit der Organisationskommission und über den Verlauf der Verhandlungen mit dem Komitee für nationale Telegramme. — Der Vorstand beschließt, eigene Telegramme herauszugeben. Zur näheren Prüfung dieser Angelegenheit wird eine Kommission gewählt. Zu derselben gehören: die Herren Sczaniecki, Dr. Jastrzewski und Rechtsanwalt von Chrzanowski.

Es wurde beschlossen, denjenigen Mitgliedern des Hauptvorstandes, die außerhalb Posen wohnen, die Reisekosten für die Sitzungen des Hauptvorstandes aus der Kasse des Volksbibliothekenvereins zurückzuerstatten. dasselbe betrifft auch Kommissionsmitglieder, die nicht dem Hauptvorstand angehören. Es werden die Reisekosten III. Klasse und Landkilometer vergütet.

Zur Gründung eines Reservefonds erteilt der Vorstand Herrn Dr. Michalski ein Akkreditiv in Höhe von 3500 Mk.

Sitzung der Organisationskommission vom 25. April d. Js.

Anwesend: die Herren Sczaniecki, Dr. Celichowski, Dr. Dembinski, Geistlicher Lisiecki, Rowinski, Neyman.

Dr. Celichowski referiert über den Kreis Posen-West, der schon mit Ausnahme der Parochien Schlehen und Ruffowo vollständig organisiert ist. Am 2. Pfingstfeiertage soll in Schrimm eine Sitzung des Kreiskomitees stattfinden.

Es zeigt sich, daß die Kreise Gnesen und Wittowo überhaupt noch nicht organisiert sind. Mit dieser Angelegenheit wird sich in kürzester Zeit der Dezernent dieses Bezirks, Dr. Celichowski befassen.

Herr Dreyza aus Rattowitz referiert über die Organisation des Volksbibliothekenvereins in Oberschlesien. Organisiert ist eigentlich nur der Kreis Rattowitz, der 26 normal arbeitende Bibliotheken besitzt. Für Oberschlesien ist ein besonderer Instrukteur notwendig, weil die bisherigen Delegierten sich mit der Einzeldurchführung der Aufgaben des Bibliothekenvereins nicht befassen können.

Die Kommission beschließt, für Oberschlesien vorläufig einen besonderen Instrukteur zu engagieren, der unter strenger Kontrolle die Arbeit beginnen soll. Die

Entschädigung beträgt monatlich 50 Mk. und Reisekostenvergütung.

Zur Erleichterung der Arbeit beschließt die Kommission, die Kreise Ostrowo und Abelnau mit einem Komitee an der Spitze, welches sich aus Personen der beiden Kreise zusammensetzen soll, zu vereinigen.

Die Kommission bespricht speziell das Projekt der Organisation des Kreises Lössau durch Vermittlung des Vorstandsmitgliedes Geistlichen Dembek.

Über die Organisation des Kreises Samter referiert Herr Sczaniecki.

Sitzung der Kommission für Vorträge vom 20. Februar d. Js.

Anwesend die Herren Rechtsanwalt v. Chrzanowski, Geistlicher Lisiecki, Geistlicher Ludwiczak, Polzwiniski, Dr. Jastrzewski, Dr. Meißner, Dr. Kolszewski.

1. In der Angelegenheit der Gründung einer Verleihanstalt für Filme referiert Geistlicher Lisiecki und legt einen umfangreichen und spezialisierten Plan des künftigen Katalogs vor. Die Fonds sind gesichert und die Verleihanstalt wird durch die Sammlung des Geistlichen Prodomski aus Mogilno, die dem Volksbibliothekenverein großmütig zur Verfügung gestellt worden ist, an Wert gewinnen. Den vorgelegten Plan nimmt die Kommission an und erteilt den Auftrag, die Bilder und alles, was notwendig ist, anzukaufen. Die Vorbereitungsarbeiten führt Fräulein Maria Lisiecki.

2. Geistlicher Lisiecki schlägt vor, zwecks Bekanntmachung der Leute mit der Handhabung des Lichtbilderapparats zu einen Kursus zu veranstalten. Dieser könnte mit dem nächsten Aufklärungskongress verbunden werden.

3. Rechtsanwalt von Chrzanowski referiert über das bisher gesammelte Vortragsmaterial.

4. Die Kommission beschließt, an die Kreiskomitees kurze Aufrufe, die zur Veranstaltung von öffentlichen Aufklärungsvorträgen anspornen, zu richten. Geistlicher Ludwiczak aus Ostrowo übernimmt die Redigierung des Aufrufs.

5. Rechtsanwalt von Chrzanowski regt den Gedanken der Sammlung von Aufklärungsbüchern und -Broschüren an. Geistlicher Lisiecki referiert, daß in der Redaktion des Przegląd Oświatowy ein Archiv und eine Aufklärungsbibliothek gegründet worden seien, die man vervollständigen und vergrößern müsse.

6. Die Kommission berät über die Anträge der Organisationskommission in der Angelegenheit der Herausgabe von Leitfäden für die Redner und Referenten der Volksbibliothekenversammlungen. Geistlicher Ludwiczak übernimmt die Zusammenstellung einer Reihe entsprechender Themen.

Aus Nr. 20 des Robotnik (Posen)
vom 21. Mai 1911:

Der Verband der Vereine polnisch-katholischer Arbeiter in Deutschland.

Nicht alle unsere Leser werden beim Lesen der obigen Aufschrift wissen, um was für einen Verband es sich handelt. Einen ähnlichen Namen hat auch unser Verband; im vorliegenden Artikel werden wir nicht unseren Verband beschreiben, denn das ist bei verschiedenen Gelegenheiten bereits geschehen. Wir wollen vielmehr unsere Leser mit einem anderen, ähnlichen Verbands polnischer katholischer Arbeiter bekannt machen.

Unser Verband umfaßt alle Arbeitervereine der Diözesen Gnesen und Posen. Es gibt aber viele polnische Arbeiter, die außerhalb der Grenzen unserer Erzdiözese wohnen, z. B. in Westfalen, im Rheinlande, in

Brandenburg und Berlin. Die Arbeiter haben viele Vereine gegründet, die sich zu einem Verbandszusammengetan haben. Am ersten Pfingstfeiertage findet eine Delegiertenversammlung dieses Verbandes statt, und bei dieser Gelegenheit wollen wir die Tätigkeit der Brüder-Arbeiter in der Fremde etwas näher betrachten.

Der Verband besteht bereits 8 Jahre. Wie notwendig die Gründung dieses Verbandes war, beweist die Tatsache, daß bereits nach einem halben Jahre 30 Vereine mit 1700 Mitgliedern vorhanden waren. Der Verband zählt nunmehr 46 Vereine mit 2500 Mitgliedern.

Der Verband ist in vier Bezirke eingeteilt:

- a) Berlin und Umgegend,
- b) Lausitz,
- c) Sachsen,
- d) Hamburg.

Die Bezirke veranstalten je nach Bedürfnis besondere Zusammenkünfte, in denen die örtlichen Angelegenheiten besprochen werden; zu jeder Bezirksversammlung entsendet der Hauptvorstand seine Delegierten als Redner.

Der Verband besitzt auch ein eigenes Organ, den „Robotnik Polski na obczyźnie“ (der polnische Arbeiter in der Fremde). Das Blatt erscheint monatlich zweimal und kostet 1,20 Mk. vierteljährlich. Nach und nach wird das Blättchen zu einem Bindemittel zwischen dem Hauptvorstande, den einzelnen Vereinen und allen Mitgliedern. Der Jahresbericht gibt der Hoffnung Ausdruck, das Blatt möge ein Mittel werden für den Austausch der Meinungen, der Schmerzen und Ratschläge, damit es die Gleichgültigen zu eifriger Arbeit hinsichtlich der Arbeiter- und der nationalen Sache wecke, damit es schließlich anderen Zeitungen den Weg ebne zu den Familien, die noch keine polnische Zeitung haben, zumal die Landsleute in der Fremde der Aufklärung so nötig bedürften.

Die Einnahmen des Verbandes betrugen im verflossenen Jahre 5460,55 M., die Ausgaben 3450,03 M.

Für die zu Pfingsten stattfindende Versammlung sind etliche interessante Anträge betreffend die Verbandssterbefasse gestellt worden. Der polnisch-katholische Verein „Jedność“ in Lemberg erachtet es für notwendig, sich mit dem Posener Verbands über die Gründung eines Verbandes für ganz Deutschland zu verständigen, oder es den Mitgliedern zu ermöglichen, aus einem Verbands in den anderen überzutreten, ohne daß sie dadurch der in dem einen oder anderen Verbands erworbenen Rechte verlustig gehen.

Ob sich dieser Antrag zur allgemeinen Zufriedenheit erledigen lassen, kann vor der Hand nicht entschieden werden, weil die in dem Verbands der Arbeiter in der Fremde bestehenden Einrichtungen nicht auch in unserem Verbands vorhanden sind und umgekehrt. In jedem Falle aber wäre eine gewisse Verständigung möglich, so daß der Posener Verband die in der Fremde bestehenden Arbeitervereine nachweisen und sie den das Großherzogtum verlassenden Mitgliedern empfehlen könnte. Ebenso wäre es möglich, daß die Mitglieder des neuen Verbandes dem anderen Verbands beitreten könnten, ohne noch besondere Eintrittsgelder zu bezahlen.

Wir wünschen dem Bruderverbands in der Fremde erfolgreiche Beratungen und geben der Hoffnung Ausdruck, daß er sich auch weiterhin für unsere Arbeiter Sache gut entwickeln wird.

Aus Nr. 20 des Robotnik (Posen)
vom 21. Mai 1911:

Dubin.

In der am 16. April 2c. abgehaltenen Generalversammlung des Arbeitervereins wurde der nachstehende Vorstand gewählt:

- J. Bilski, Vorsitzender,
- W. Musiol, Schriftführer,
- A. Kasprzak, stellv. Schriftführer,
- W. Lorek, Kassierer,
- J. Jorczewski, stellv. Kassierer,
- W. Polednik, Bibliothekar.

Aus Nr. 121 des Dziennik Kujawski (Hohensalza)
vom 27. Mai 1911:

Die gestrige Versammlung des Vereins „Wyzwolenie“ in Schadlowitz

eröffnete der Bezirksvorsitzende Wikar Stankowski aus Hohensalza, den Vorsitz übernahm Propst Paluchowski, das Schriftführeramt Br. Slachciak aus Szymborge, während zu Beisitzern die Herren Galagiera, Sobanski, Walczak und Janczak berufen wurden.

Als Mitglieder meldeten sich 130 Personen. Es wurden in den Vorstand gewählt:

- Michael Janczak, Vorsitzender;
- Andreas Molenda, stellvertr. Vorsitzender;
- Stanislaus Kulpa, Schriftführer;
- Ferdinand Kontowicz, stellvertr. Schriftführer;
- Josef Sobocinski, Schatzmeister;
- Anna Stonieczna, Bibliothekarin;
- Michael Torgowski, Beisitzer;
- Michael Barawons, „

Die erste Generalversammlung wird am ersten Pfingstfeiertag um 3 Uhr nachmittags stattfinden.

Aus Nr. 117 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 23. Mai 1911:

Ein ungewöhnlicher Einsall eines preussischen Beamten.

Aus Krone schreibt man uns:

Unser Bürgermeister ist auf einen großartigen Einsall gekommen. Er verlangte von der hiesigen, gerichtlich eingetragenen Genossenschaft „Kolnik“ die Angabe der Vorstandsmitglieder, da er die Genossenschaft für einen „politischen Verein“ halte.

Die vorstehende Mitteilung bringen wir ohne Randbemerkungen, da gegenüber solch einem Verlangen jede sachliche Kritik aufhört. Man kann höchstens dem Herrn Bürgermeister etwas Lustiges vordekklamieren, wie z. B. „Er kletterte auf den Birnbaum“ usw.

Aus Nr. 11 Dla naszej dziatwy
(Beilage zu Nr. 122 des Lech [Gnesen])
vom 28. Mai 1911:

Briefchen unserer Kinder. Schönfelde.

Der Mai ist der Monat der allerheiligsten Jungfrau Maria, denn er ist der allerschönste im ganzen Jahre, und wir Kinder danken Gott unserem Herrgott, wenn wir auf die herrliche Natur, auf die sich entwickelnden Sträucher und Bäume blicken, die sich mit schönem Grün bedecken, und wir bitten ihn, daß auch wir immer die Reinheit unserer Sprache mögen frisch erhalten können.

Ich grüße den geliebten „Lejek“ viele Male herzlichst.
Et. P.

Besitzveränderungen

in der Zeit vom 15. März bis 15. Mai 1911,
zusammengestellt nach den Mitteilungen der polnischen Presse.

Laufende Nr.	Ort	Name und Stand des		Nationalität a) des Käufers b) des Verkäufers	Bei städtischen Liegenschaften nähere Bezeichnung der einzelnen Objekte	Verkaufte Fläche nach Morgen	Kauf- preis
		Käufers	Verkäufers				
A. Städte.							
1	Adelnau	Czech Michalski	Drygas	a) Pole b) Pole	Apothekc nebst Grundstück	—	145 000
2	Argenau Hauwand	Ignaz Rowacki	Ulrich	a) Pole b) Deutscher	Bauerngrund- stück mit Wohn- gebäuden	20	?
3	Argenau	Hirsch, Mühlenbesitzer	Gering, Kaufmann	a) Deutscher b) Deutscher	Scheune	4	?
4	Bromberg	Johann Cywinski	?	a) Pole b) Deutscher	Eckgrundstück Johann- und Ernststraße	—	30 000
5	desgl.	Kaver Malek, Brennereiverwalter	Gulda Bruffow	a) Pole b) Deutscher	Hausgrund- stück	—	10 400
6	Erin	Ansiedlungskom- mission	?	a) Deutscher b) Deutscher	Stadtgut	?	?
7	desgl.	Rowacki	Peter Hemmerling	a) Pole b) Deutscher	Hausgrund- stück	—	20 000
8	desgl.	Jankowski	Bank Ludowy	a) Pole b) Pole	desgl.	—	18 500
9	desgl.	Siemianowski	Samuel Cohn	a) Pole b) Deutscher	Haus mit Destille	—	70 000
10	Gnesen	Oberförster Adamczewski	Wysocki	a) Pole b) Pole	zwei Haus- grundstücke	—	?
10 a	desgl.	Wingent Degler	Sigismund Etowski	a) Pole b) Pole	Hausgrund- stück	—	80 000
11	desgl.	Waclaw Wyryb- kowski	Theurich, Bank- direktor	a) Pole b) Pole	Villengrund- stück	—	50 000
12	Grätz	Hoffmann, Tischler- meister	Bank Ludowy	a) Pole b) Pole	Hausgrund- stück	—	23 700
13	Grätz	Wrzesinski	Wollstein	a) Pole b) Deutscher	Hausgrundstück	—	46 500
14	Hohenjalza	Marie Windschall	Stanisl. Jalouszynski	a) Deutscher b) Pole	Haus Thorner- straße 63	—	45 000
15	desgl.	Markus Lewinsohn	Draheim	a) Deutscher b) Pole	Haus Heilige- geiststraße 60	—	11 100
16	desgl.	Reinhold Müller	Frau Müller	a) Deutscher b) Pole	Hausgrundstück	—	?
17	desgl.	Kreis Hohenjalza	Razmierski	a) Deutscher b) Pole	Hausgrundstück mit 1 Morgen Land	—	7 500
18	desgl.	Johann Polak	Walenty Winter	a) Pole b) Pole	Haus mit 4 Morgen	—	9 100
19	Labischin	Franz Rubiak	Gulda Kristeller	a) Pole b) Deutscher	Hausgrundstück	—	?
20	Lissa (Posen)	Kurzwanski	Baumgart	a) Pole b) Deutscher	desgl.	—	15 000
21	Miloslav	Kowalski	Frost	a) Pole b) Deutscher	desgl.	—	19 500
22	Mogilno	Rafimir Radomski	Meyer	a) Pole b) Deutscher	Mühlengrund- stück	—	13 000
23	Kempen	Karl Kolota	Lollas, Schlachthaus- inspektor	a) Pole b) Deutscher	Hotelgrundstück	—	56 200
24	Kosten	Mospan	Wid	a) Pole b) Deutscher	Hausgrundstück mit Expedition- geschäft	—	33 000

Laufende Nr.	Ort	Name und Stand des		Nationalität a) des Käufers b) des Verkäufers	Bei städtischen Liegenschaften nähere Bezeichnung der einzelnen Objekte	Verkaufte Fläche nach Morgen	Kauf- preis M
		Käufers	Verkäufers				
25	Kostschin	Valentin Szczepski	L. Frankiewicz	a) Pole b) Pole	Dampfmühlen- grundstück	—	?
26	Krotoschin	Antoszkiewicz	Opielinski'sche Erben	a) Pole b) Pole	Haus am Markte	—	85 000
27	Kruschwitz	Kapczynski	Max Gorecki	a) Pole b) Pole	Hausgrundstück	—	11 500
28	Ostrowo	Stefan Marweg	Kornobis	a) Pole b) Pole	Hotelgrundstück	—	110 000
29	Pogorzella	Bank Ludowy	Lewin	a) Pole b) Deutscher	Ziegelei mit Ackerland	60	85 000
30	Posen	Anton Dutkiewicz	Joseph Przykucki	a) Pole b) Pole	Haus Glogauerstr. 84	—	20 000
31	desgl.	Felix Nowacki	Wwe. Schwarz	a) Pole b) Deutscher	3 Parzellen	—	90 000
32	desgl.	Dr. Pulvermacher	Fr. Rotnicki	a) Deutscher b) Pole	2 Hausgrund- stücke	—	220 000
33	desgl.	Lech Blachowski	Zorek, Bankdirektor	a) Pole b) Deutscher	2 Parzellen	—	?
34	Rawitsch	Theophil Magdzinski	Leopold Lewinsohn	a) Pole b) Deutscher	Haus mit Destillation	—	35 000
35	Rogowo	Pohl, Lehrer	Machowinski	a) Deutscher b) Pole	Bauplatz	—	2 900
36	Samter	Franz Alwin	?	a) Pole b) Deutscher	Haus mit Eisigfabrik	—	40 000
37	Schrimm	F. Kaczmarek	Weinert	a) Pole b) Deutscher	Hausgrundstück	—	14 500
38	desgl.	Olizewski	Frau Haenisch	a) Pole b) Deutscher	desgl.	—	49 500
39	Strelno	Marianna Wyborska	Joseph Wyborski	a) Pole b) Pole	Hausgrundstück	—	4 500
40	desgl.	Wroblewska	Golembiewski	a) Pole b) Pole	desgl.	—	6 000
41	Witkowo	Kowalski	Radtke	a) Pole b) Deutscher	desgl.	—	10 500
42	Wollstein	Antkiewicz	Finkeldee	a) Pole b) Deutscher	Haus mit Selterwasser- fabrik	—	80 000
43	Znin	Ev. Kirchengemeinde	v. Chrzanowski	a) Deutscher b) Pole	Hausgrundstück	—	7 500
44	Zions	Dobrzynski	Mrowczynski	a) Pole b) Pole	Gasthaus	—	8 000
45	Culmsee	Pelagia Bulinska	Emmy Hinz	a) Pole b) Deutscher	Hausgrundstück	—	14 200
46	Graudenz	Graffunder	Richter Söhne	a) Deutscher b) Deutscher	desgl.	—	96 500
47	Willenburg (poln. Wiel- bork)	Michael Becker	?	a) Pole b) Deutscher	Apotheken- grundstück	—	?

B. Plattes Land.

a) Provinz Posen.

48	Zielonka bei Bromberg	Adam Pasterski	Frau Toppe	a) Pole b) Deutscher	—	25	?
48 a	desgl.	Gurke	Wisniewski	a) Deutscher b) Pole	—	90	?
49	Obudno, Kr. Znin	Franz von Micki	Lucht	a) Pole b) Deutscher	—	120	?
50	Kleryta, Kr. Gnesen	Ansiendl.-Kommission	Lissner	a) Deutscher b) Deutscher	—	400	an- nähernd 400 M pro Mrg.

Laufende Nr.	Ort	Name und Stand des		Nationalität a) des Käufers b) des Verkäufers	Bei städtischen Liegenschaften nähere Bezeichnung der einzelnen Objekte	Verkaufte Fläche nach Morgen	Kauf- preis M
		Käufers	Verkäufers				
51	Klein Barto- dzieje, Kreis Wongrowitz	Jankiewicz	Matecki	a) Pole b) Pole	—	65	25 000
52	Mionczyniek, Kr. Wongro- witz	Thaddäus von Ra- mieniński	Edmund Palacz	a) Pole b) Pole	—	700	?
53	Popielno Hld. bei Wongro- witz	J. Szczesniak	Wilhelm Vogel	a) Pole b) Deutscher	—	121	39 000
54	Piastki, Kr. Wittowo	Dominiał	Starzewski	a) Pole b) Pole	—	33	18 000
55	Storzenzin, Kr. Wittowo	Starzewski	?	a) Pole b) Pole	—	144	30 000
56	Amwald Rittergut b. Tremessen	Andreas Monu- jewski	Baranowski	a) Pole b) Pole	—	300	120 500
57	Wymysłowo b. Tremessen	Razmierski	Rupczak	a) Pole b) Pole	—	28	13 600
58	Pawlowo bei Schwarzenau	Raminski	Czerwinski	a) Pole b) Pole	—	200	93 000
59	Piotrowo per Obersitzko	Wladislaus Sztu- kowski	A. Skibinski	a) Pole b) Pole	—	450	150 000
60	Bielsk, Kr. Strelno	Michael Tomczak	Joseph Tomczak	a) Pole b) Pole	—	120	45 000
61	Lakie Kr. Strelno	Wincent Nowak und Jozef Gorny	Dworak	a) Pole b) Pole	—	?	3 000 u. 4 800
62	Jeziory Kr. Strelno	Barteci	Wojewoda	a) Pole b) Pole	—	?	5 000
62 a	desgl.	Wincent Wojdyła	Ant. Raminski	a) Pole b) Pole	—	60	18 000
63	Zydowo Kr. Wittowo	Sciestak	Wilke, Eisenbahn- beamter	a) Pole b) Deutscher	—	3	13 700
64	Poln. Dembno Kr. Rawitsch	Jan Cichowlas	Braun	a) Pole b) Deutscher	—	?	?
65	desgl.	Klemens Smierzchala	Bulz	a) Pole b) Deutscher	—	?	?
66	Louisenhain b. Posen	Klarowicz	Neufrauz	a) Pole b) Deutscher	—	4 Morgen nebst Fabrikanlage	23 800
67	Rzeszyn Kr. Strelno	Rupidura	Jakubowski	a) Pole b) Pole	—	80	39 200
68	Gorzewo Kr. Wongrowitz	Ansiedlungs- Kommission	v. Lukomski bzw. A. Piotrowski	a) Deutscher b) Pole	—	2 100	?
69	Dražno	Rafimir Czeszewski	Pejzke	a) Pole b) Deutscher	—	400	?
70	Studzin Kr. Kolmar	Anton Brzydki	Kronheim	a) Pole b) Deutscher	—	?	72 000
71	Lipa Kr. Samotschin	Franz Walczak	Thomas Jankowski	a) Pole b) Pole	—	34	16 000
72	Przygodzice Kr. Ostrowo	Wal. Marciniak	Jos. Marciniak	a) Pole b) Pole	—	10	7 500
73	Mietshisko Kr. Wongrowitz	Stanislaus Wojczynski	Brüsch	a) Pole b) Deutscher	—	400	235 000
74	Garfi Kr. Adelnau	Sparkasse in Garfi	Wygrala	a) Deutscher b) Pole	—	44	?
75	Malachowo Rittergut	v. Paruszewski	v. Lebinski	a) Pole b) Pole	—	1 500	?
76	Piełki	Johann Lewandowski	Wieczorek	a) Pole b) Pole	—	?	4 500
77	Ruznica Kr. Schildberg	Siedlungsgesellschaft	Szołtaf	a) Deutscher b) Pole	—	52	9 600

Laufende Nr.	Ort	Name und Stand des		Nationalität a) des Käufers b) des Verkäufers	Bei städtischen Liegenschaften nähere Bezeichnung der einzelnen Objekte	Verkaufte Fläche nach Morgen	Kauf- preis
		Käufers	Verkäufers				
78	Murzynowo Kr. Schroda	Bank Ziemski	Olejniczak	a) Pole b) Pole	—	?	?
79	Szczodrowo Rittergut	Boleslaus Speichert	Franz Xaver Speichert	a) Pole b) Pole	—	?	776 000
80	Nacice Kr. Strelno	Hinsch aus Lachmirowitz	Ansiedlungs- Kommission	a) Deutscher b) Deutscher	—	125	49 000
81	Crone a. Br.	Andreas Malikowski	Simon Gorski	a) Pole b) Pole	—	30	10 200
82	Strzyzewo Kr. Adelnau	Josef Smid	Anton Rasprzak	a) Pole b) Pole	—	Gasthof mit Ackerland	?
83	Mierucin, Kr. Mogilno	Chrosniak	Zak	a) Pole b) Pole	—	265	Der Morgen durch- schnittlich 600 Mk.
84	Klein-Golla	Anton Karlinski	Spolka Ziemska in Gollantich	a) Pole b) Pole	—	?	33 000
85	Panigrodz	Spolka Ziemska in Gollantich	Wnuk	a) Pole b) Pole	—	90	?
86	Smuszewo, Kr. Schubin	Wolkowiat	Kummel	a) Pole b) Deutscher	—	60	35 000
87	Elizewo Kr. Schubin	Raszczyba	Cholewinski	a) Pole b) Pole	—	32	17 000
88	Dembogora, Kr. Schubin	Lasecki	Loose	a) Pole b) Deutscher	—	25	15 000
89	Dziszczewko bei Argenau	H. Filipiak	K. Adamski	a) Pole b) Pole	—	160	?
90	desgleichen	Jg. Filipiak	Jan Adamski	a) Pole b) Pole	—	240	?
91	Parchanie, Kr. Strelno	Stanislaw Wyhorski	Riesler	a) Pole b) Deutscher	—	Gut	Wert ca. 1/2 Million Mark
92	Wola wap., Kr. Strelno	Wyhorski	Stan. Wyhorski	a) Pole b) Pole	—	284	?
93	desgleichen	mehrere Bauern in	desgleichen	a) Pole b) Pole	—	240	?
94	Ujazd, Kr. Gnesen	ein Ansiedler bei	Szulczynska	a) Deutscher b) Pole	—	6 Morgen und Gasthof	?
95	Bociniec bei Pudewitz	Brumm	Stan. Grotowski	a) Deutscher b) Pole	—	70	?
96	Gzochurki, Kr. Posen-Ost	Wladislaus Klossinski	Schulz	a) Pole b) Deutscher	—	750	?
97	Dombrowka b. Bentischen	Josef Raczmarek	Hermann Birchus	a) Pole b) Deutscher	—	17	2 550
98	desgleichen	Chrysostom Gronz	desgleichen	a) Pole b) Deutscher	—	10 2/3	2 700
99	Biala Hld. bei Grätz	?	?	a) Pole b) Deutscher	—	22	?
100	Schwarz Hld. bei Grätz	?	Heck	a) Pole b) Deutscher	—	?	?
101	Mieruszyn, Kr. Wirsz	?	Pieck	a) Deutscher b) Pole	—	70	?
102	Loncz-Mühle bei Posen	Dimianowski	Stalski	a) Pole b) Pole	—	300	?
103	Golon Hld.	Stan. Grotowski	Johann Marcinkowski	a) Pole b) Pole	—	?	?
104	Daszewice	Fronckowiak aus	Reinhold Tepper,	a) Pole b) Deutscher	—	131	51 000
105	Stalowo Gut, Kr. Koschmin	Gurtichin b. Posen Repomucen v. Modlibowski	Ansiedler Spolka Ziemska, Breschen	a) Pole b) Pole	—	?	?

Laufende Nr.	Ort	Name und Stand des		Nationalität a) des Käufers b) des Verkäufers	Bei städtischen Liegenschaften nähere Bezeichnung der einzelnen Objekte	Verkaufte Fläche nach Morgen	Kauf- preis M
		Käufers	Verkäufers				

b) Provinz Westpreußen.

106	Gapowo bei Berent Westpr.	Immobilien- Verkehrsbank, Dir.: Dr. Gorski, Steglitz bei Berlin	?	a) Pole b) Pole	—	1 900	?
107	Piasczno bei Mcwe	?	Johann Jasinski	a) Deutscher b) Pole	—	3	2 400
108	Drzonowo, Kr. Culm Westpr.	Verschiedene polnische Parzellenerwerber	Gasse	a) Pole b) Pole	—	500	?
109	Rudnik	?	Jel. Krolif	a) Deutscher b) Pole	—	14	15 000
110	Margarethen- dorf b. Thorn	Zygmunt Efowski	Winzent Degler	a) Pole b) Pole	—	730	158 000
111	Grzybno, Kr. Culm	?	Ignaz Polajzewski	a) Deutscher b) Pole	—	?	?
112	Königswalde bei Pelplin	Kurowski	Włodzki	a) Pole b) Pole	—	330	?
113	Jeżiorany, Kr. Flatau	Schauer	P. Pitulif	a) Deutscher b) Pole	—	75	34 200
114	Königswalde	Josef Witkowski	Fritz Maier	a) Pole b) Deutscher	—	13	8 500
115	Melpin, Kr. Tuchel	Leon Sterz	?	a) Pole b) Pole	—	2 500	?
116	Wlechy, Kr. Culm	Wal. Ratkowski	?	a) Pole b) Deutscher	—	200	108 000
117	Friedrichsdorf bei Briesen	Chojnicki	Friedrich Weßler	a) Pole b) Deutscher	—	84	40 000
118	Gophlershausen bei Graudenz	J. Grabowski	W. Mierzwieci	a) Pole b) Pole	—	?	?
119	Kozyczkowo, Kr. Carthaus	Leon Lewinski	Ignaz Lewinski	a) Pole b) Pole	—	420	120 000
120	Wittowo, Kr. Neustadt	?	Lucian Karpinski	a) Deutscher b) Pole	—	?	95 000
121	Czajcze Hld.	Kowalski	Grubef	a) Pole b) Deutscher	—	100	?
122	Golub Hld.	Schmidt	Winzent Gancza	a) Pole b) Pole	—	120	58 000
123	Hospitaldorf bei Stuhm	Dąbrowski	Żelewska	a) Pole b) Pole	—	90	35 000
124	Więcki, Kr. Berent	Rajzubowski	Hinz	a) Pole b) Pole	—	?	23 000

c) Provinz Ostpreußen.

125	Georgensfelde, Kr. Gerdauen	Fr. Slawoszewski	?	a) Pole b) Deutscher	—	1 700	?
126	Wyśakowo bei Neidenburg, Kr. Allenstein	Boleslaus Strachanowski	?	a) Pole b) Deutscher	—	1 000	270 Mk. per Morgen
127	Julienfelde bei Altenstein	M. Portasiewicz	?	a) Pole b) Deutscher	—	1 100	260 000
128	Wielk	Leon Sterz	von Dunin	a) Pole b) Pole	—	2 000	850 000
129	Schönbruch mit Vorwerk Wiesenthal	St. Popa und P. A. Hempfer	?	a) Pole b) Deutscher bezw. Deutscher	—	2 100	525 000
130	Elgnow Ostpr.	?	Brzezinski	a) Deutscher b) Pole	—	20	?

Laufende Nr.	Ort	Name und Stand des		Nationalität a) des Käufers b) des Verkäufers	Bei städtischen Liegenschaften nähere Bezeichnung der einzelnen Objekte	Verkaufte Fläche nach Morgen	Kauf= preis M
		Käufers	Verkäufers				
d) Provinz Schlesien.							
131	Damning, Kr. Namslau	Witkef	Zimmermann	a) Pole b) Deutscher	—	360	200 000
132	Lindenhof, Kr. Kreuzburg	Graf Plater	?	a) Pole b) Deutscher	—	300	?
133	Gr. Muritsch, Kr. Trebnitz	Julius Jeske	Stefan Krause	a) Pole b) Pole	—	850	350 000
134	Protisch, Kr. Militsch Trachenberg	M. Meyman	?	a) Pole b) Deutscher	—	3 200	?

Aus Nr. 122 des Lech (Gnesen)
vom 28. Mai 1911:

Ein Pole—Denunziant.

Man teilt uns aus Rogowo mit:
In Rogowo besteht ein Verein der Industriellen,
aus dessen Mitte sich ein Gefangkränzchen gebildet
hat, das zweimal wöchentlich im Sitzungsaaale bei
Herrn Kanclerz übte. Dies gefiel nicht Herrn
A. Kopecki, einem Vorstandsmitgliede des Vereins, der
im vergangenen Jahre sogar das Amt eines stell=
vertretenden Vorsitzenden bekleidete. Dieser Herr führte
von der Straße „einen Spiebel“ unter die Fenster des
Lokals, in welchem die Übungen stattfanden, und befahl
ihm zu horchen, ob die Mitglieder nicht patriotische
Lieder singen. Außerdem denunzierte Herr Kopecki
Herrn Kanclerz, daß er solche Gefänge bei sich dulde.
Traurig, sehr traurig!

Aus Nr. 11 Dla naszej dziatwy
vom 28. Mai 1911:

(Beilage zu Nr. 122 des Lech (Gnesen).

Briefchen unserer Kinder.

Schönfelde.

In diesem Brief heißt es u. a.:

Am Sonntag lese ich die Zeitungen der ganzen
Woche oder auch Bücher. In freien Augenblicken
singe ich meine Lieblingslieder wie z. B. „Stroskany
drogiej upadkiem ojczyzny (betrübt durch den Fall
des teuren Vaterlandes), „Kto zna Miłosławia brzegi“
(wer kennt die Gestade Miłosław's) — (beide Lieder
sind wegen ihres aufreizenden Inhalts verboten. —
Die Red. des Gef. überbl.) — und viele andere.“
P. S.

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 62 des Pielgrzym (Pelpsin)
vom 25. Mai 1911:

Den Dekanats-Kongregationen zur wohl= wollenden Erwägung.

In zahlreichen Dekanaten unserer Diözese werden
sich in Bälde die Dekanatsgeistlichen zur Kongregation
versammeln.

Die Dekanatskongregation ist vorläufig die einzige
Instanz, mittelst welcher der Diözesanklerus einmal
im Jahre der Diözesanbehörde gemeinsame Bitten und
Anträge im Interesse der Diözese vorlegt.

Zwar kommt jedes Dekanat einzeln zusammen
und berät besonders. Doch sind die Bedürfnisse und
Klagen fast in allen Dekanaten unserer Diözese gleich.
Bei gelegentlichen Zusammenkünften des Geistlichen,
z. B. bei Ablässen, wird viel von diesen und jenen
Bedürfnissen und Forderungen in der Diözese gesprochen,
während auf der Kongregation, dem geeignetsten
Zeitpunkt, um sachlich und ruhig die wesentlichen
Forderungen zu besprechen und sie unserer bischöflichen
Behörde vorzulegen, die Geistlichen durch die vorherigen,
vielleicht allzu in die Länge gezogenen Beratungen
erschöpft, selbst die Beendigung der Beratungen
beschleunigen und verschiedene wichtige Angelegenheiten
vergeffen, die sie im Laufe des Jahres wiederholt mit
Sorge und Unruhe erfüllt hatten.

Ich will nur eine einzige Forderung beleuchten.
Eine brennende und immer noch nicht erledigte Frage
ist: die Organisierung der Seelsorge für
unsere Saison=Auswanderer. Die Aus=
wanderungsbewegung läßt nicht nach, sondern sie
zieht immer weitere Kreise und lockt Zehntausende
unseres Volks, besonders der Jugend in fremde
Gegenden, und zwar für den Zeitraum von acht bis
neun Monaten in jedem Jahre, so daß sich die
Jugend, besonders wenn sie weit ab von der Kirche
beschäftigt wird, wenn sie mit dem Vaterlande durch
ihre zu ihr kommenden Seelsorger keine Fühlung hat,
von Jahr zu Jahr immer stärker mit Fremdartigem,
mit fremdem Geist, mit fremder Kultur durchseht,
— ein gewöhnlicher, natürlicher psychologischer
Prozeß —, für den Glauben der Väter gleichgültig
wird, die Tugend und Liebe des Elternhauses einbüßt.

Eine vieltausendköpfige Menge aus unserer Diözese
verbringt fern vom Heimatlande, unter Andersgläubigen
und Sozialdemokraten zerstreut, ihr junges Leben.
Unsere Parochianen, unsere Schäflein sind auf fremden
Weideplätzen ohne Schutz zurückgelassen. Es kommen
raubgierige Wölfe und entreißen manches von ihnen,
andere verlaufen sich auf Irrwegen und kehren zur Herde
nicht mehr zurück. Und so geht alljährlich ein
erheblicher Prozentsatz für den Schafstall Christi
vollständig verloren, und die große Menge kehrt, mit
schweren Wunden an der Seele bedeckt, heim.

Wir empfinden darüber Schmerz, wir schreiben
Zeitungsartikel, aber wir tun — mit wenigen, ver=

schwindenden Ausnahmen — nichts, um dem übel erfolgreich zu steuern. Das göttliche Beispiel des guten Hirten ging unter Dornen und Klüften das verirrt Schäflein suchen und ließ nicht ab, bis es gefunden und in den Schafstall zurückgeführt ward. „Bonus pastor animam suam dat pro ovibus suis.“

Auch wir Hirten können nicht weiter zulassen, daß die von Gott unserer Obhut anvertrauten Schäflein immer wieder für die Kirche und den Himmel verloren gehen, und zwar überwiegend aus dem Grunde, weil sie der Seelsorger nicht behütet. Auch wir müssen die Schäflein suchen. Es ist endlich Zeit, einen entscheidenden Schritt zu tun, es ist Zeit, daß wir uns zur Verteidigung unseres Volkes aufraffen!

Die Einleitung hierzu sei eine Petition an die geistliche Behörde aus allen Defanaten, die auf den diesjährigen Kongregationen beschlossen wird und die Bestellung von Seelsorgern für Auswanderer aus der Mitte des sich meldenden Klerus betreffen soll.

Inanbetracht dessen, daß vom Anfang des laufenden Jahres an auf längere Zeit jedes Frühjahr eine große Schar junger Leviten, die sich um die Diözesanarbeit reißend bewerben, ankommt, wird es genug Geistliche geben, denen es die Zeit erlauben wird, einige Mal in der Saison einen bestimmten Bezirk der Auswanderer zu bereisen. Sicherlich werden sich schon die Kleriker der Oberkurie als Freiwillige melden, wenn man ihnen die Sache in warmen Worten darlegen wird. Bei einer systematischen Verteilung der Bezirke, in denen die Auswanderer der Kulmer Diözese die Arbeitsaison verbringen (die Pfarrer der von der Auswanderung betroffenen Pfarochien würden den Namen der betreffenden Ortschaft der geistlichen Behörde mitteilen) könnte sich nach Verständigung unserer Diözesanbehörde mit den in Frage kommenden Herren Bischöfen über die Reihenfolge der Bereisungen für die Geistlichen eine Aktion nach Gebühr entwickeln.

Und die Kosten der Reise, des Unterhalts, der Vergütung usw.

Dies hat wenig zu sagen. Reichte es uns zu einer bedeutenden Steuer für die Emeriten, so wird es auch zu einigen Mark für diejenigen Konfratres reichen, die sich mit den Auswanderern befassen. Aber nicht einmal dies ist nötig. Die nötigen Mittel werden zum Teil die Auswanderer auch selbst beisteuern. Man braucht ihnen vor ihrer Abreise nur sagen, daß für den Fall, daß jeder von ihnen wenigstens 3 Mark beisteuert, dafür einige Male im Jahre ein einheimischer Geistliche zu ihnen kommen wird, und wir werden sehen, daß sich im Verlauf einiger Tage die nötigen Mittel finden werden.

Auf den hier dargelegten Grundlagen könnte endlich die äußerst brennende Diözesanforderung der Bestellung einer Seelsorge für die Auswanderer vorläufig einigermaßen befriedigt werden.

Die einzelnen Punkte des Projekts würde eine, vielleicht vom Herrn Bischof berufene Kommission ansarbeiten.

Unser Hochwürdigster Herr Bischof wird die gemeinjamte Bitte und das Anerbieten des Diözesanklerus in Sachen der Bestellung einer Seelsorge für die Auswanderer sehr wohlwollend entgegennehmen, denn ich weiß aus einem Schreiben, das i. Jt. der Herr Bischof an den Geistlichen Dr. S. schrieb, daß diese Sache unserem Oberhirten „sehr am Herzen liegt“.

Also „ans Werk“ auf den Defanatskongregationen!

Suchen wir doch unsere Schäflein, denn das ist der Wille des göttlichen Hirten, denn das ist unsere Mission.

Ein Geistlicher.

Aus Nr. 124 des Glos ludu (Graudenz)
vom 31. Mai 1911:

Verräter.

Es gab eine Zeit, wo die Zentrumsparlei in Preußen und in Deutschland eine Stütze und ein Hort der Freiheit war und alle freiheitlichen und edlen Bestrebungen warm unterstützte. Aus diesen Zeiten stammen auch die Losungsworte, welche die Zentrumsleute auf ihre Standarte geschrieben haben: „Für Wahrheit, Recht und Freiheit!“

Auch heute predigen sie diese ehrenvollen Losungen, wenn es sich darum handelt, bei den Wahlen Stimmen zu fangen. Aber heut ist das Predigen dieser schönen Losungen bei ihnen nichts anderes als ein Jahrmarktsgeschrei zum Heranlocken von Leichtgläubigen.

Und wer vielleicht bisher nicht geglaubt hat, daß mit den Zentrumsleuten das vorgeht, was das Sprichwort sagt: „Womit man umgeht, das hängt einem an“, den sollte ihr schändliches Verhalten bei den Beratungen über das Versicherungsgesetz belehren.

Diese Zentrumsleute, die in ihren Zeitungen und in Versammlungen, besonders vor den Wahlen, sich rühmen, wie wacker sie für „Recht und Freiheit“ kämpfen, sie haben Recht und Freiheit des armen Arbeitervolkes verkauft, als es sich um die so überaus wichtigen Vorschriften betreffend die Krankenkassen handelte.

Zunächst haben sie dazu beigetragen, daß die Regierung die bisherigen Rechte der bestehenden Krankenkassen beschnitten hat. Sodann haben sie, als wäre das noch zu wenig, dafür gesorgt, daß in den zu bildenden ländlichen Kassen die armen Landarbeiter, welche von den mit blutigem Schweiß erarbeiteten Groschen Beiträge zahlen, überhaupt keine Rechte haben werden, weder hinsichtlich der Vorstands-, noch der Arztwahlen, noch hinsichtlich der übrigen Angelegenheiten. Daß die lutherischen preussischen Junker, die nur den Grundsatz der vollen Schlüssel auf Kosten der blutigen Arbeit des Arbeitervolkes kennen, solche das arme Volk schädigende Vorschriften unterstützen, darüber kann man sich nicht mehr wundern; denn sie sagen wenigstens offen, daß Recht und Freiheit nur ihnen zustehen. Aber wenn ihrem Beispiel die frommen Zentrumsleute folgten, welche beständig die Losungen von Recht und Freiheit predigen und für Verteidiger des armen Volkes gelten wollen, so ist das der schändlichste Verrat, den sich vielleicht solche Taugenichtse, wie die Nationalliberalen, nicht einmal zuschulden kommen lassen würden. Die Zentrumsleute haben einen dreifachen Verrat begangen. Zunächst haben sie die Sache des Arbeitervolkes überhaupt verraten; denn statt daran zu arbeiten, dem Volke immer größere Rechte und Freiheiten zu erkämpfen, haben diese Pharisäer mit ihren Stimmen dazu beigetragen, daß das Volk zum Teil die Rechte einbüßt, die es bisher besaß, und daß es von seinem Bedrücken immer noch mehr abhängig werden wird. Ferner haben die Zentrumsleute die katholische Sache schändlich verraten; denn durch ihre Lakaienhaftigkeit gegenüber der Regierung und den preussischen Junkern haben sie in die Reihen des katholischen Arbeitervolkes schreckliche Erbitterung eingeimpft, welche auszunützen und vor der zu ernten die Feinde des hl. Glaubens, die roten Heiden nicht verfehlen werden. Schließlich haben die Zentrumsleute das polnische Volk gemein verraten, denn sie haben Hunderttausende des polnischen Arbeitervolkes, welches auf dem Lande arbeitet, in die Hände seiner ärgsten Gegner gegeben.

Und weshalb haben sie sich diese Verrätereien zuschulden kommen lassen? Seht, diese Pharisäer sagen, es habe sich ihnen darum gehandelt, daß die Regierung dieses ganze Versicherungsgesetz nicht zurückziehe, denn es sei gleichwohl gut. Und doch sagt das Arbeiter-

voll heute schon, obwohl es diese gute Sache noch nicht gekostet hat, es wäre besser, wenn dieses ganze Gesetz durchgefallen wäre, als daß man dem Volk die Rechte nahm, die es bisher besaß, und als daß man es zum Teil in völlige Abhängigkeit von den Arbeitgebern gebracht hat.

Noch bei der dritten Beratung hätten die Zentrumsleute auf diesem schändlichen Wege umkehren und ihre Stimmen gegen diese das Arbeitervolk schädigenden Vorschriften abgeben können. Aber dazu haben sie sich nicht aufgeschwungen, denn nicht leitet sie mehr der Geist der Wahrheit, des Rechts und der Freiheit, sondern der Geist der Lüge, des Hochmuts und der Bedientenhaftigkeit; denn nicht mehr handelt es sich ihnen um das Wohl des Arbeitervolkes, sondern um die Ehre, sich an der Seite von Lutheranern und Freimaurern in der Stellung einer Regierungspartei zu erhalten. Scham und Schande den Wandelbaren!

Aus Nr. 64 der Gazeta Gdańska (Danzig)
vom 30. Mai 1911:

Die Maulwurfsarbeit der Zentrumsleute.

Die Wahlen naßen, deshalb sind die Zentrumsleute sehr geschäftig. Besonders bei uns in Westpreußen haben sie ihr Arbeitsfeld aufgesucht, sie wollen sich anscheinend hier für Oberschlesien entschädigen, wo sie ihre Rolle schon ausgespielt haben, aber auch für das Ermland, wo für sie binnen kurzen ebenfalls die Glocken zum letzten Male ertönen werden. Die Zentrumsagitatoren bemühen sich mit Hilfe von Geistlichen, die leider in großer Zahl zu ihren Anhängern gehören, das polnische Volk für ihre Zwecke zu fangen. Eine solche Ausnutzung des Einflusses der Geistlichkeit ist geradezu gemein, denn das polnische Volk sollte polnische Abgeordnete wählen. Wir Polen, die vermeintlichen Radikalfisten, wollen die deutschen Katholiken nicht haben, wir bemühen uns nur, unsere Brüder aufzuklären. Dazu haben wir ein Recht, und das ist unsere heilige Pflicht; die Fremden aber mögen sich hüten, an unser polnisches Volk heranzugehen.

Nicht genug, daß die Zentrumsleute zu ihrem Vorteil unter unserem Volke agitieren, nein, sie scharfen ihre Zähne auch auf unsere polnischen Vereine. In Malinin besteht seit kurzem ein polnischer Volksverein, der auf Veranlassung von Danziger Niedern gegründet wurde. Und was geschieht? Dieser Verein hatte beschlossen, sich eine Fahne anzuschaffen, er erhielt zu diesem Zwecke aus verschiedenen Gegenden Beiträge, aber nicht etwa von Zentrumsleuten, sondern von Polen. Man bat den Ortsgeistlichen, diese Fahne zu kaufen. Das geschah wohl deshalb, damit er bei ihrer Einweihung keine Schwierigkeiten machen sollte.

Wir erfahren jetzt, daß man damit umgeht, den polnischen Volksverein in einen Arbeiterverein ohne nationalen Charakter umzugestalten. Wenn das erst geschehen ist, dann wird aus diesem Verein auch bald eine Organisation mit ausgesprochenem Zentrumscharakter. Man teilt uns sogar mit, daß ein Danziger Zentrumsführer (ein Geistlicher) zu Pfingsten nach Malinin reisen werde, woselbst ein „Arbeitererajin“ gegründet werden solle. Das nichts ahnende Volk wird natürlich der Stimme seiner geistlichen Führer folgen, und auf diese Weise wird der polnische Verein vernichtet werden.

Das wäre wohl der erste Fall, wo die Zentrumsleute auf diese Weise verfahren; gegen ein solches

Verhalten müssen wir energisch protestieren und es geradezu gemein nennen.

Unsere Landsleute aber in Malinin und Umgegend erinnern wir an die Worte des Abgeordneten Gistl. Janowski aus Oberschlesien, der da gesagt hat, daß wir uns mit den Zentrumsleuten niemals zusammenschließen sollten, weil sie in nationalen Sachen unsere Feinde seien. Auch sie wollen uns germanisieren, ebenso wie die Katoliken, nur andere Wege empfehlen sie dazu. Wir beschwören euch daher, liebe Landsleute, laßt euch nicht fangen mit schönen Worten und Versprechungen, sondern bleibt treu eurem polnischen Volksverein.

Wir bitten andere westpreußische Zeitungen, diesen Artikel zu wiederholen, um die Maulwurfsarbeit der Zentrumsleute zu paralisieren.

Aus Nr. 64 des Pielgrzym (Pelplin)
vom 30. Mai 1911:

Ein neuer Katechismus.

Mit wahrer Freude begrüßten wir die Kunde von der Herausgabe eines neuen Katechismus, denn der bisherige war, weil unpraktisch, für die polnischen Kinder in den gegenwärtigen Zeiten einfach unbrauchbar. Diese Kunde rief aber auch Verwunderung hervor. Man hörte zwar etwas von einer Kommission, die sich mit der Frage eines neuen Katechismus befaßte, aber wir hörten nicht, daß diese den Rat und die Urteile erfahrener Priester eingeholt, daß die Behörde eine so wichtige Angelegenheit dem Diözesanklerus vorgelegt hat, wie dies in anderen Diözesen, z. B. in Bayern, geschehen ist. Aber bei uns wird sich schließlich jeder von der Verwunderung leicht abfühlen, weil ja unser Klerus daran gewöhnt ist, daß seine Ratschläge, Urteile und Wünsche in Pelplin weder Gehör, noch Berücksichtigung finden; hält sie doch die Beratungen und Beschlüsse der Kongregationen für eine Farce und Spielerei, denn auf diese Beschlüsse wird fast stets die Antwort erteilt: „Wir sind nicht in der Lage“ — und damit basta!

Die Pelpliner Kommission ist nach langjähriger Erwägung zu der Überzeugung gekommen, daß Lindens Katechismus einzuführen ist, weil er in Bayern eingeführt worden ist. — Abgesehen davon, daß Lindens Katechismus von allen projektierten nicht der beste ist — denn Pädagogen haben in ihm manche Mängel und Fehler gerügt —, so ist doch jedenfalls der neue Katechismus ohne Vergleich besser als der bisherige. — Wenn mehr Geistliche und Pädagogen zur Mitarbeit herangezogen worden wären, wäre es vielleicht gelungen, einen — auch für uns — noch praktischeren und geeigneteren Katechismus zusammenzustellen. Übrigens hat die Diözesanbehörde ganz unnötigerweise einige tausend Mark für die Genehmigung des Nachdrucks und der Übersetzung des Katechismus von Linden verausgabt, denn ein älterer Priester ganz aus der Nähe von Pelplin besitzt doch ein fertiges Manuskript eines Katechismus, den er seinerzeit der Behörde zur Verfügung gestellt hatte; aber er wurde nicht angenommen, obgleich er nach Ansicht von Fachleuten praktischer und besser zusammengestellt sein soll als Lindens Katechismus. Doch „was kann aus Nazareth (d. i. aus der Diözese) Gutes kommen“?!

Indes gefällt es mir nicht, daß ein größerer und kleiner Katechismus in polnischer Sprache herausgegeben wurde; wäre eine Kombination beider nicht praktischer? Unser armes polnisches Volk muß heut für die Schule viele Bücher kaufen. Die Anschaffung zweier polnischer Katechismen wird es mit Recht als

neue unnötige Last ansetzen. Wir brauchen einen praktischen, leicht verständlichen Katechismus, der sowohl für den häuslichen Unterricht, als auch für den Unterricht in der Kirche genügen würde.

Der neue kleine Katechismus wäre gut und genügend für den häuslichen Unterricht und für die erste Stufe des Vorbereitungsunterrichts. Dagegen genügt er für den weiteren Unterricht nicht, weil der Abschnitt von den hl. Sakramenten zu kurz gefaßt ist; kurz gefaßt ist auch der Abschnitt von den Geboten. Möchten doch zwei deutsche Katechismen für die Schule herausgegeben werden, denn durch den kleinen Katechismus würde den polnischen Kindern wenigstens das „Einbleuen“ der unverständlichen Antworten erleichtert werden.

Ich messe mir kein auf Erfahrung beruhendes Urteil zu; mögen in dieser Angelegenheit diejenigen das Wort ergreifen, die sich mit der Katechismusfrage privatim befaßt haben.

Wir kommt es hierbei noch auf eine andere Sache an.

Der Verlag der polnischen und deutschen Katechismen wurde einer Zentrums-Genossenschaft, dem Westpreussischen Verlag in Danzig, übertragen. Ich frage: Wer wird den größten Teil sowohl der polnischen und deutschen Katechismen kaufen? Natürlich die Polen, denn fast vier Fünftel der Diözesanen sind Polen. — Es ist richtig, dem Organismus der bischöflichen Behörde gehören fast lauter Zentrumsleute an! Privatim mögen sie Zentrumsinstitute unterstützen, soviel es ihnen beliebt, aber ist es billig und recht, die polnischen Diözesanen zur materiellen Unterstützung der Zentrumsleute zu nötigen?! Es ist richtig, wir haben uns unter der deutschen Verwaltung der Diözese an viele Dinge gewöhnt. Gewiß würde niemand auch nur ein Wort verloren haben, wenn die Behörde die Drucklegung des deutschen Katechismus dem Westpr. Verlag übertragen hätte, wiewohl auch dies schon eine verhältnismäßig zu große Unterstützung wäre. Aber unmöglich ist es, mit Schweigen zu übergehen, daß die Behörde die Polen so gering schätzt, daß sie sogar die Drucklegung der polnischen Katechismen einer deutschen Genossenschaft überträgt. Gibt es denn bei uns nicht geeignete Firmen? Hat die Behörde den Bielgrzym vergessen, welcher der Behörde und Diözese Jahrzehnte lange Dienste getan hat? (Mit sehr geringem eigenen Gewinn. Anm. der Red. des Bielgrzym). Hat die Behörde, wie es sich schickte, beim Bielgrzym angefragt? (Nein! Die Red.). Wir bitten um Aufklärung.

Und wenn die Behörde nicht angefragt, keine Verständigung gesucht hat — warum nicht? Etwa deswegen, weil ihr der Bielgrzym manchmal ein wahres Wort sagt?

Wenn die Behörde die Drucklegung nicht dem Bielgrzym übertragen wollte, so erforderte es die einfache Höflichkeit, daß man sich an eine andere polnische Firma gewandt hätte. (Der Verlag des Bielgrzym wurde zu dem Wettbewerb garnicht zugelassen, obgleich der Bielgrzym jahrzehntelang den Diözesankatechismus für eine so miserable Vergütung druckte, daß sich unser der Meid über den weit höheren Preis schon des kleinen Katechismus bemächtigen könnte, wenn wir zu diesem Gefühl überhaupt fähig wären. Aber davon später. — Anm. der Red.) Kennt man in Pielplin auch die angefehene Firma St. Buszzyński-Thorn nicht?! Wenn sie die anderen Domherren nicht kannten, so müßte sie doch wohl der Herr Weihbischof kennen! — Sicherlich hätte auch manche andere polnische Firma in Preußen den Druck des polnischen Katechismus übernommen?!

Wir verlangen bestimmt eine Aufklärung, denn wir empfinden genug Hintansetzungen, man behandelt

uns stiefmütterlich genug! In Sachen des Glaubens und der Sitten und in allgemein-kirchlichen Angelegenheiten gehorchen wir der Behörde gern, aber wir verlangen mit Recht auch Gleichberechtigung, gerechte Berücksichtigung des polnischen Volkes und Alerus, denn unsere in ungeheurer Mehrheit polnische Diözese soll doch wohl kein Pachtgut der Deutschen und Zentrumsleute sein! Die Zentrumsleute mögen sich unterstützen, soviel sie wollen, aber nicht auf Kosten der Polen.

Wir Polen werden, wo und soweit wir ein Bedürfnis anerkennen, mit den Zentrumsleuten einträchtig zusammengehen, wenn die Zentrumsleute unsere berechtigten Forderungen und natürlichen Rechte berücksichtigen wollen; aber Streu für die Zentrumsleute und ihre Genossenschaften und Vereine brauchen und wollen wir nicht sein! Und von der geistlichen Behörde fordern wir mit Recht, daß sie die polnische Mehrheit überall gerecht und redlich berücksichtigt.

Ich bemerke zum Schluß, daß mich weder mit dem Bielgrzym noch mit einer anderen ähnlichen Firma irgendwelche „nähere Beziehungen“ verknüpfen.

Aus Nr. 38 der Nasza Gazeta (Stargard)
vom 27. Mai 1911:

Auregung zur Ausstellung.

Nicht das Land stellt eine gesunde Macht dar, das starke Festungen, viel — Kanonen und Bajonette besitzt, sondern das, dessen Bürger ausdauernd und mühevoll zum Wohlstande schreiten, das die Wege ebnet zu immer edeleren Kultur.

Wenn es aber so sein soll, dann dürfen wir den Mammon nicht als den höchsten Schatz betrachten; wir dürfen nicht zur Herde werden, die sich einzig und allein vom Golde nährt, wie das zur Zeit anderwärts geschieht.

Der Wohlstand soll für uns nicht Zweck sein, sondern Mittel zum Zwecke, zu dem Zwecke, alles das zu verteidigen, was uns unsere Väter als nationalen Schatz hinterlassen haben, unsere polnische Kultur.

Nachdem wir die Früchte unserer Arbeit überschaut, haben wir uns überzeugt, daß unsere Industriellen und Handwerker im Laufe der letzten Jahre die Hände nicht in den Schoß gelegt haben, sondern auch unter den schwierigen Verhältnissen vorwärts geschritten sind.

Beweise dafür gaben uns die im Jahr 1908 in Posen und die im Jahre 1910 in Bromberg ausgestellten Erzeugnisse.

In diesem Jahre findet eine Ausstellung in Berent statt. Deshalb sollte mancher Name eines bisher noch unbekannten Handwerkers aus dem Versteck hervorkommen und daselbst ein öffentliches Examen ablegen zu seiner und der ganzen Gesamtheit Ehre. Hinaus aus den Geschäften und Werkstätten, das ist der ausprobierte Weg, der zum Fortschritt führt. Wenn die verschiedensten Fabrikanten, wenn die Fremden (Deutschen) schreien —, dann sollte auch unser ehrbare Industrielle und Handwerker laut auftreten, sonst erdrückt ihn die fremde Ware.

Also frisch ans Werk, ihr Herren Handwerker! Gehen wir alleamt an die Arbeit zu unserem Nutzen, zum Nutzen der Gesamtheit, die so große Hoffnungen auf uns gesetzt hat.

Es lebe die polnische Industrie,
Gott segne das ehrbare Handwerk!

Ein Handwerker aus der Weichselgegend.

Aus Nr. 118 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 24. Mai 1911:

Hilfe für die Opfer der Volkszählung.

Der Maurer Sarnowski wurde von dem Gericht in Königsberg zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt, weil er während der Volkszählung einen Lehrer kontrolliert hatte, damit er die Polen nicht als Deutsche eintragen sollte, was schon häufig geschehen war. In den Tucheler Wäldern war es umso notwendiger, weil das Volk stellenweise noch ungebildet ist und seine Rechte nicht zu verteidigen versteht.

Seinen patriotischen Eifer hat Herr Sarnowski mit langer Gefängnisstrafe büßen müssen, die er gegenwärtig absitzt. Die Frau und 3 Kinder leiden inzwischen Hunger, weil niemand vorhanden ist, der für sie arbeiten kann. Man kann nicht bestreiten, daß sie Opfer des preussischen Systems sind, und die Volksgesamtheit darf ihnen als solchen nicht gestatten, Hunger und Not zu leiden. Sie muß vielmehr zeigen, daß sie ihnen gern zu Hilfe kommt. Zu diesem Zweck eröffnen wir eine Sammlung und überweisen dieser 5 Mark. Wir erwarten, daß unsere Leser ebenfalls nach Möglichkeit beisteuern werden, um der ihres Ernährers beraubten Familie zu helfen.

Aus Nr. 5 des Przegląd Oswiatowy (Posen)
vom 1. Mai 1911:

Organisation des Kreises Culm.

Auf Veranlassung des Geistlichen Dembek aus Culmsee, Mitglied der Organisationskommission, bildete sich in Culm in der Sitzung vom 23. März d. Js. ein Komitee für den Kreis Culm.

Es versammelten sich gegen 100 Personen aus Stadt und Dorf. Die Versammlung leitete Domherr Dr. Poblocki aus Culm. Herr Rechtsanwalt Dr. Ossowski gab eine allgemeine Übersicht über die schweren Bedingungen der Volksbildung und machte besonders darauf aufmerksam, welche weittragende Bedeutung gerade in den heutigen ausnahmsweise schweren Verhältnissen das Lesen der Bücher für das Volk und das Zusammenfassen des Kreises in einen nichtpolitischen Verein, wie der Volksbibliothekenverein es ist, habe und welche Vorteile für die Aufklärung und welche Möglichkeit, sich zahlreich in der Form eines Vereins zu versammeln, daraus entstünden.

Nunmehr referierte Geistlicher Dembek aus Culmsee über den Volksbibliothekenverein und dessen Organisation und gab ein sehr interessantes statistisches Material über die bisherige Tätigkeit des Komitees aus anderen Kreisen und stellte diese der Tätigkeit des Kreises Culm gegenüber.

Die Reden, welche zur gemeinsamen Arbeit und Opferwilligkeit für den Volksbibliothekenverein anspornten, nahm man mit Begeisterung auf.

Zu Komiteemitgliedern sind gewählt worden:

1. Aus Culm: Domherr Dr. Poblocki, Ed. Batke, Rechtsanwalt Ossowski, Zahnarzt Johann Nierzwicki.
2. Aus dem Kreise: Propst Latoś, Sarnowo, Propst Chmielecki, Wabecz, J. Buczkowski, Lissowo, Frau Amalia Lipska, Starogrod, Propst Szwedowski, Kiewo, Organist Rauchfleisch, Unisław, Dekan Prabucki, Voluminek.

Die Sammlung ergab 33 Mark. Zum Vorsitzenden des Komitees wurde Rechtsanwalt Dr. Ossowski, zum Kreisschatzmeister Ed. Batke, beide aus Culm, gewählt.

Der Kreis Culm ist in 8 Bezirke eingeteilt worden und zwar nach den Parochien:

1. Culm einschließlich Dnowo (Rechtsanwalt Dr. Ossowski, Vorsitzender)
2. Sarnowo, Włodowo und Sphynsch (Geistl. Propst Latoś, Sarnowo)
3. Wabecz (Propst Chmielecki)
4. Lissowo (Fr. Buczkowski)
5. Starogrod (Frau A. Lipska)
6. Kiewo und Czyste (Propst Dr. Szwedowski, Kiewo)
7. Unisław und Grzybuo (Organist Rauchfleisch, Unisław)
8. Voluminek und Garze (Dekan Prabucki, Voluminek.)

Die Agitation für den Volksbibliothekenverein setzte sehr lebhaft ein, besonders in Culm, wo dem Verein mehrere Hundert Mitglieder beitraten und eine ziemlich hohe Beitragssumme eingegangen ist. Die Anwerbung von Mitgliedern und das Einsammeln der Beiträge übernahmen mehrere junge Damen, welche ständige Kollekturinnen der Volksbibliothek sind. Es sind die Damen:

Hedwig Gapska, Stanisława Matlincka, Hedwig Rybicka, Melania Szczech, Bronisława Malewska, Maria Lejczyszka, Valeria Sell, Maria Szatkowska.

Angeichts des lebhaften Interesses für diese Institution sind schon heute gewisse Grundlagen zur Unterhaltung eines eigenen Lokals des Volksbibliothekenvereins in Culm vorhanden, wo nicht nur die Bücherschränke untergebracht, sondern auch die neuesten Zeitungen und Zeitschriften ausgelegt werden können.

Culm, den 30. April 1911.

Dr. Ossowski,
Vorsitzender.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 120 des Kuryer Śląski (Zabrze)
vom 27. Mai 1911:

Halten wir am Grund und Boden fest.

Aus Gleiwitz wird uns geschrieben:

Dadurch, daß sich unsere polnischen Landwirte ihres Landbesitzes zu Gunsten großer obererschlesischer Magnaten und uns hinsichtlich der Sprache und Religion fremder Leute entledigen, erleidet unsere Sache unersehbare Verluste bei allen Wahlen, sowohl bei den Gemeindevahlen als auch bei denen zu den gesetzgebenden Körperschaften.

Fangen wir mit den Wahlen zu den Gemeindevertretungen an und sehen uns nur in unserem Industriebezirk gut um, dann werden wir uns überzeugen, daß sich fast in allen Gemeinden entweder verhältnismäßig sehr wenige unserer Landwirte in der Gemeindevertretung befinden oder daß man in einem erheblichen Teil der Dorfgemeinden einen polnischen Ackerbürger in der Gemeindevertretung nicht finden wird, selbst wenn man ihn suchen wollte. Was ist der Grund hierfür? Nun, in einer Ortschaft hat dieser Millionär und Emporkömmling, in einer anderen jener Magnat, in einer dritten Ortschaft ein anderer Wirtschaften und Grundbesitz von polnischen Wirten aufgekauft, so daß er die Gemeinde vollständig in seinen Händen hat; denn es ist bekannt, daß die Gemeindevahlen nach Abteilungen stattfinden und die Abteilungen nach der Einkommen-, Grund und Gebäudesteuer normiert werden. Und da jener Magnat für die aufgekauften Grundstücke die höchsten einschlägigen Steuern zahlt, so befindet sich die erste Abteilung ganz in seiner Hand, und er ganz

allein wählt ein Drittel der Vertreter in der betreffenden Gemeinde. Daß er natürlich nur seine Beamten und Ehrenbläser wählt, das kann ihm niemand verwehren. In der Landgemeindeordnung besteht zwar die Vorschrift, daß zwei Drittel aller Gemeindevertreter sich aus Leuten zusammensetzen sollen, die in der Gemeinde ein Besitztum haben, aber diesen Anforderungen nachzukommen ist gewöhnlich auch jeder Magnat imstande. Dies wird in der Weise getan, daß er irgendeins der erworbenen Häuschen einfach an diesen oder jenen seiner in der Gemeinde wohnenden Beamten veräußert, und die Sache ist gemacht. Und da er gewöhnlich viele solcher Häuschen besitzt, so tritt er so viele, als er zur Zahl der mit Besitz versehenen Vertreter braucht, an seine Ehrenbläser ab, und dem Gesetz ist Genüge getan.

In der zweiten Abteilung wählen natürlich schon einige oder ein Duzend und mehr Bürger, die größere Einkünfte besitzen, und da wiederum die Beamten jenes Magnaten zusammen mit den größeren Besitzern gerade dieser Abteilung angehören, so gehen auch hier die Wahlen im Sinne des Magnaten und seiner Beamten glatt vonstatten; denn die polnischen Wirte befinden sich in der Minderheit, und die Krämer und die anderen Kaufleute und Handwerker gehen gewöhnlich in solchen Fällen Hand in Hand mit den Beamten des alleinherrschenden Magnaten, indem sie an denjenigen Verrat üben, von denen sie zum Teil selbst abstammen und denen sie zum größten Teil ihr Dasein zu verdanken haben, das ist dem polnischen Volke, das sie erhält. Sie wollen lieber die stärkere Partei unterstützen, indem sie Gunstbezeugungen von jener Seite erhoffen, von der ihnen gerade für ihre Komplimente nicht besondere Gunstbezeugungen zuteil werden.

Und was ist die übrigbleibende dritte Abteilung imstande, bei den Wahlen zu erreichen? Wir wissen alle sehr gut (weil sich dies jedes Jahr im März und April wiederholt), welche Kämpfe in den Gemeinden gerade in dieser Abteilung ausgefochten werden. Einwaits mit Erfolg? Im Gegenteil, zum größten Teil enden diese Wahlkämpfe mit unserer Niederlage. Es ist nämlich bekannt, daß zur dritten Abteilung ganze Reihen des ärmsten Volkes zum größten Teil aus dem Arbeiterstande zählen. Ein erheblicher Teil dieser Arbeiter wohnt in herrschaftlichen Wohnungen, welche auf den früher polnischen Wirten gehörigen Grundstücken errichtet sind und diese Wirte haben, ohne daran zu denken, welches Unrecht sie ihrer armen Volksgemeinschaft zufügen, diese Grundstücke gerade an diejenigen veräußert, die sowieso schon die Gemeinde durch Fabrik- und Industrieanlagen in Abhängigkeit halten. Ein solcher Arbeiter ist nach Ansicht des Arbeitgebers und zugleich des Wirts, in dessen Hause der Arbeiter wohnt, einfach ein weißer Sklave. Möge er es nur wagen, gegen den Willen seines Arbeitgebers, eines Millionär-Magnaten, für einen anderen Kandidaten zu stimmen, als ihm der vorgesetzte Beamte empfiehlt, so wird er sich sofort von der so sehr gepriesenen Wahlfreiheit überzeugen. Hunderte, ja Tausende von Fällen dieser Art sind ein Beweis dafür, was in diesem oberschlesischen Paradies mit solchen Wagehalben gemacht wird. Es ist einfach unglaublich, daß diejenigen, die bei jeder Gelegenheit betonen, wieviel Gutes sie ihren Arbeitern erweisen, zu so verwerflichen Mitteln greifen könnten.

Deswegen, weil man sich des Grund und Bodens zu Gunsten unserer „Busenfreunde“ entledigt, sitzen in den Gemeindevertretungen überwiegend unsere Feinde, die über uns, ohne uns beraten, indem sie unser Geld bisweilen zu verschiedenen hurratriotischen Zwecken verwenden, ohne manchmal die berechtigten Wünsche und Interessen der polnischen Bevölkerung zu

berücksichtigen, obwohl diese hinsichtlich der Zahl überall noch das Übergewicht haben.

Wie bei den Gemeindewahlen in unseren Landgemeinden im Industriebezirk, so kommen fast eben solche Verhältnisse bei den Wahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus vor. Es besteht nur der Unterschied, daß hier das Wahlrecht jeder Bürger hat, der das 24. Lebensjahr beendet hat, ohne Rücksicht darauf, ob er irgendwelche Steuern zahlt oder nicht, sofern er sich nur im Besitz der Ehrenrechte befindet und keine Unterstützung im strengen Sinne des Wortes bezieht, während bei den Gemeindewahlen nur derjenige ein Stimmrecht hat, der wenigstens Steuern von einem Einkommen von 660 Mark in die Gemeindekasse zahlt. Zwar ist die Zahl der Wähler zum Abgeordnetenhaus überall bei weitem größer als die Zahl der Stimmberechtigten bei den Gemeindewahlen, aber die Sache selbst vermag dies nicht zu retten, denn jedem, der keine Steuer zahlt, wird nur eine fingierte Steuer von 3 Mark angerechnet, und da die Zahl derjenigen, die gar keine Steuern oder solche von weniger als 660 Mark zahlen, sehr bedeutend ist, so bringt auch die in jedem Wahlbezirk in drei Teile geteilte Gesamtsumme der Steuern der ärmeren Bevölkerung keine größeren Vorteile. Man muß nämlich wissen, daß größere Landgemeinden gemäß der Bevölkerungszahl manchmal in mehreren großen Dörfern sogar in einige Duzende Wahlbezirke eingeteilt werden. Da auch bei diesen Wahlen das Geld alles beherrscht und dieses sich überwiegend in den Händen unserer Feinde befindet, die sich von der harten Arbeit des polnischen Volkes mästen, so ist auch das Ergebnis der Urwahlen in Dörfern, in denen Millionäre die Grundstücke unserer Wirte aufgekauft und sie mit, hinsichtlich der Sprache und des Glaubens, uns feindlichen Elementen besiedelt haben, zum größten Teil für uns ungünstig. Es kam schon vor, daß unsere Wahlbezirke im Industriebezirk schon öfter regierungsfreundliche, liberale oder konservative Abgeordnete hatten, obgleich die polnische Bevölkerung in allen Wahlkreisen alle anderen Elemente zusammen noch bedeutend übertrifft. Aber dank den Landverschacherern ist das Übergewicht des Vermögens in uns feindliche Hände übergegangen, die gleichsam mit eisernen Ketten unser der Zahl nach noch überwiegendes Volk umgürtet haben. Auch hier sucht man ebenso dieses arme, unser vom Landbesitz entblößte Volk mit allen möglichen Mitteln von sich abhängig zu machen und ihm bei jeder Landtagswahl ihre Beamten und Ehrenbläser als Wahlmänner aufzudrängen. Und daß nichts über die „Freiheit“ in Preußen geht, die die oberschlesischen Arbeitgeber-Millionäre genügend auszunützen verstehen, indem sie in ihren Mitteln nicht wählerisch sind, das wissen wir alle sehr wohl. Die letzten Landtagswahlen fielen in Oberschlesien insofern etwas günstiger aus, als wir auf Grund des Kompromisses mit dem Zentrum diese Feinde der polnischen Rationalität und des katholischen Glaubens vollständig vertrieben haben; aber wie sich in Zukunft die Verhältnisse gestalten werden, wer vermag dies vorausszusehen? Wenn sich der Grund und Boden in unserer Hand befände, bräuchten wir uns nach keiner fremden Hilfe umzusehen, könnten wir auf die bis zu einem gewissen Grade verhältnismäßig ziemlich unaufgeklärte polnische Bevölkerung im Industriebezirk rechnen und allein den Wahlkampf mit allen unseren Feinden zusammen aufnehmen, und ein guter Erfolg wäre unser Lohn. Diejenigen, die zu der gegenwärtig bestehenden Sachlage beigetragen haben, indem sie Grund und Boden an unsere Feinde veräußerten und infolgedessen fremden Elementen dazu verhelfen, sich in diesem geliebten polnischen Lande breitzumachen, diese sind, sage ich,

die Veranlassung, daß die Landtagswahlen für uns so schlechte Aussichten haben und wir ohne Hilfe des Zentrums nicht imstande sind, sie mit eigenen Kräften durchzuführen.

Bei den Reichstagswahlen haben wir indes noch nichts zu fürchten, denn diese Wahlen vollziehen sich geheim mittelst Wahlzetteln, und die Stimme des armen Schluckers bedeutet soviel, wie die Stimme eines mehrfachen Millionärs. Darum sind trotz der zahlreichen Anriffe seitens der Arbeitgeber und ihrer Beamten alle zusammen im Verein mit dem Hatatismus aller Schattierungen nicht imstande, die uns zu Recht gehörigen Mandate aus unseren Händen zu entreißen.

Es gibt jedoch noch Wahlen die uns aufs höchste interessieren müssen und die infolge der Landveräußerungen für uns ungünstig auszufallen pflegen. Ich habe die Wahlen zu den Kreistagen im Sinne. Nach der Landgemeindeordnung entfällt ein Drittel der Kreistagsmitglieder in jedem Kreise auf die Landgemeinden. Es wäre billig, daß diese Mitglieder unsere Landwirte wären; müssen sie doch bedeutende Steuern für die Bedürfnisse des Kreises aufbringen. Darum wäre es recht und billig, daß auch ihre Interessen gebührend berücksichtigt würden. Die Städte und die Großindustrie haben ihre Vertreter, wie es sich gebührt; haben dagegen die Landgemeinden ihre Vertreter im Kreistage? Daran ist gar nicht zu denken. Nicht einmal als Heilmittel wirst du auch nur einen einzigen unserer polnischen Wirte als Kreistagsmitglied finden, sondern ihre Stellvertreter sind unsere größten politischen Gegner, die — dank dem Vermögensübergewicht einerseits und dank den Landverschacherern, die ihr Vatererbe an unsere Feinde veräußert haben, andererseits — diese Ehren zum Schaden für die polnische Sache und die einheimische Bevölkerung erhielten.

Euch alle, die die Luft ankommt, sich des Vatererbes zu entledigen, euch sollten diese meine Worte von dieser großen Nichtswürdigkeit abschrecken, und ihr dürft euch eures Grundes und Bodens zu gunsten unserer Feinde um keinen Preis entledigen.

A. M.

Aus Nr. 87 der Gazeta Ludowa (Kattowitz)
vom 28. Mai 1911:

Ein Gesetz gegen die Arbeiter.

Gegenwärtig werden im Deutschen Reichstag sogenannte Beratungen betreffend das Reichsversicherungs-gesetz geführt. Es sind dies nur sogenannte Beratungen, denn wirkliche Beratungen kann man diese Erledigung der wichtigsten und vitalsten Angelegenheit einer über die Zukunft der zahlreichsten Bevölkerungsschicht, der Arbeiterschicht, entscheidenden Angelegenheit durch die Mehrheit der Abgeordneten im Reichstage nicht nennen.

Um die Sache kurz und bündig zu machen, um sie möglichst bald zu erledigen, haben sich die stärksten und zahlreichsten Parteien die Hand gereicht und stimmen einmütig gegen alle Verbesserungen, die in diesem Gesetz die Abgeordneten, denen das Wohl und die Zukunft des Arbeiters wirklich am Herzen liegt, einführen möchten.

Die Hände gereicht haben sich die Konservativen, die Nationalliberalen und die Zentrumsleute, und sie vereiteln alle Anstrengungen der polnischen Fraktion und der anderen Parteien, die dem Arbeiter größere Rechte und Vorrechte erkämpfen wollen.

Dieselben Zentrumsleute, die hier in Oberschlesien ihren Einfluß und ihre Bedeutung lediglich dem polnischen Arbeiter verdanken, dieselben Zentrumsleute, die das Volk und die Arbeiter mit ihren Stimmen

gewählt haben, denen sie mit vollem Vertrauen ihr Los und ihre Zukunft anvertraut haben in der Hoffnung, daß sie dieses Vertrauen nicht mißbrauchen werden, dieselben Zentrumsleute verraten in Berlin die Arbeiter Sache und stimmen im Verein mit den Konservativen und Liberalen für die Entziehung und Beschränkung der Arbeiterrechte.

Mit Hilfe der Zentrumsstimmen wurden Paragraphen angenommen, welche die Krankenkassen den Händen der Verwaltungsbeamten, den Händen der Landräte und anderer Staatsbeamten überliefern. Um dem Arbeiter diese bittere Pille zu verflüssigen und um sie in das Gewand eines großen Wohlwollens für den Arbeiter zu kleiden, erklärten sie sich mit Beisitzern oder Beratern aus dem Kreise der Arbeitgeber und Arbeiter einverstanden.

Und auch diese Berater werden nicht im Wege geheimer, gleicher, allgemeiner und unmittelbarer Wahlen gewählt werden, sondern in einer sehr verwickelten und bisher nicht dagewesenen Art. Auf diese Weise haben die Zentrumsleute und die anderen Regierungsparteien den Arbeitern einen Einfluß auf die Krankenkassen unmöglich gemacht.

Noch interessanter verhielten sich die Zentrumsleute bei den Landkrankenkassen. Diese lieferten sie schon ohne Umschweife und ohne Verschleierung den Händen der Verwaltungsbehörden aus. Sie stimmten nämlich dafür, daß die Vorstandsmitglieder der Landkrankenkassen von den Kreisausschüssen ernannt werden sollen, indem sie gleichzeitig das Wahlrecht den beteiligten Arbeitern abprechen.

Geradezu an Hohn grenzen die Gesetzesparagraphen, welche die Fürsorge der nach dem Tode eines Arbeiters hinterbliebenen Familie behandeln. Eine Rente soll die Ehefrau nur dann beziehen, wenn sie selbst arbeitsunfähig ist. Die Höhe dieser Rente ist lächerlich. Wenn nämlich der Ehemann zehn Jahre hindurch Marken geklebt hat, so soll die Ehefrau täglich eine Beihilfe von kaum 20 Pf. erhalten, wenn ein Kind hinterbleibt, wird man für das Kind 10 Pf. zahlen, wenn zwei oder drei Kinder hinterbleiben, erhält jedes 9 bzw. 8 Pf.

Der Begriff der Erwerbsfähigkeit wurde mit Hilfe der Zentrumsparthei sehr beschränkt.

Den Antrag, daß der Arbeiter die Altersrente schon vom 65. anstatt 70. Lebensjahre an, wie es heute geschieht, beziehen soll, verwarf die Mehrheit des Reichstags ebenfalls dank den Stimmen der Zentrumsabgeordneten.

So sind die Zentrumsleute auf das Wohl und die Zukunft des Arbeiters bedacht. Sie verschachern ihn dort in Berlin an die Regierung und geben ihn auf Gnade und Ungnade den Kapitalisten und Beamten preis, und zwar alles der schönen Ministerworte wegen, alles deshalb, weil es für die Zentrumsparthei jetzt so angenehm und schön ist, sich in der Wärme und in den Strahlen der Regierungsgunst zu wärmen, weil es ihr so angenehm ist am vollen Regierungstisch zu sitzen.

Nicht auf das Wohl des Arbeiters kommt es der Zentrumsparthei an, sondern auf ihre eigenen Vorteile, und nur deshalb tragen die Zentrumsleute den Mantel auf beiden Schultern und nur deshalb reden und handeln sie anders. Sie schimpfen über die Sozialdemokratie und sie selbst treiben den polnischen Arbeiter in ihre Reihen. Ihre Zeitungen, wie der Oberschles. Kurier und andere, schreiben des langen und breiten tages- und wochenlang, daß die großpolnische Agitation, daß die polnischen Radikalen den polnischen Arbeiter zur Sozialdemokratie führen, indes tun dies die Zentrumsleute selbst.

Die polnische Fraktion stimmt mit der in der Versicherungsordnung für den Arbeiter größere Rechte und Erleichterungen fordernden Minderheit, während die Zentrumsleute Hand in Hand mit den Liberalen und konservativen Junkern gegen die Arbeiter vorgehen.

Aus Nr. 90 der Gazeta Ludowa (Katowitz)
vom 1. Juni 1911:

Aus dem Alumnat in Breslau.

Nach Pfingsten werden hier 63 Kandidaten die Priesterweihe empfangen. Bei dieser Gelegenheit bedauern die Zentrumsblätter, daß es an Geistlichen für diejenigen Gegenden fehle, wo die polnische Bevölkerung wohnt. Diese Klagen sind heuchlerisch und unaufrichtig, denn die Zentrumsleute und an ihrer Spitze Kardinal Kopp stellen im polnischen Lande in polnischen Parochien deutsche Geistliche an, während sie polnische Geistliche in die brandenburgischen Sandwüsten verbannen. Sicherlich würde es an polnischen Geistlichen für die polnischen Parochien nicht fehlen, wenn Kardinal Kopp und seine Hintermänner vom Zentrum Priester, Söhne des polnischen Volkes, nicht in deutsche Gegenden schicken würden, ja, wir hätten noch mehr der polnischen Bevölkerung wohlgesinnte Geistliche, wenn man in den Erziehungsanstalten zu Breslau die polnischen Studenten nicht germanisieren würde.

Die Klage und das Bedauern der Zentrumschmierblätter, wie z. B. der Schles. Volkszeitung, daß ein Mangel an geeigneten Geistlichen für die polnischen Gegenden herrsche, ist nichts weiter als eine heuchlerische Maske, unter welcher die hakatistischen Zentrumsleute ihre polenfeindlichen Absichten verbergen möchten. Stimmt es doch unlängst gegen den Antrag der polnischen Fraktion, als es sich um die polnische Sprache in den Taubstummenanstalten handelte; die Zentrumsleute verrieten gleichfalls die polnische und katholische Sache, als im Reichstag über die Landfrankenkassen verhandelt wurde. Heuchelei und Doppelzüngigkeit waren stets ihre charakteristischen Merkmale. Auch heute bedienen sich die Zentrumsleute dieser Maske oft, um das polnische Volk zu betören.

Aus dem Innern und dem Westen Deutschlands

Aus Nr. 121 des Dziennik Berlinski (Berlin)
vom 28. Mai 1911:

Doppeltes Maß.

Der Landwirtschaftsminister Baron von Schorlemer hat in seiner Polemik gegen den Hakatistenverein diesem Verleumdung vorgeworfen. In der Mai-nummer der „Ostmark“, des Amtsblattes der hakatistischen Nebenregierung, befand sich ein Artikel mit der Überschrift „Das Ansiedlungswerk in Gefahr“, dessen Verfasser, ein gewisser Dr. Ernst Hunkel aus Friedenau, der das hakatistische Organ als verantwortlicher Redakteur Verleger und zeichnet, der Regierung nichts mehr und nichts weniger vorwarf, als daß sie „die durch die Ansiedlungskommission in Posen bearbeitete Denkschrift kräftig retouchiert habe, so daß die Ansiedlungskommission die Verantwortung für die Schönfärberei nicht habe übernehmen wollen und daß es notwendig sei, daß der Landtag die Denkschrift einer gründlichen Prüfung unterwerfe“.

Das war ein sehr schwerer Vorwurf gegen die Regierung und es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß, wenn das irgend ein polnisches Blatt getan hätte, die Staatsanwaltschaft nicht gezögert haben würde, von Amtswegen jenem Blatte den Prozeß zu machen, indem sie der Regierung ein schon ausgefülltes Formular zur Erhebung der Klage übersenden würde, wie das schon in so vielen Fällen der angeblichen Beleidigung der Regierung durch polnische Blätter geschehen ist.

Die Staatsanwaltschaft hat offensichtlich ihrerseits nichts gegen das Amtsorgan der Hakatisten veranlaßt. Vielmehr nahm der Landwirtschaftsminister Baron von Schorlemer die Verteidigung der Regierung vom Vorwurf der Retouchierung oder geradeaus gesagt der Fälschung der Denkschrift der Ansiedlungskommission selbst in die Hand, trat zuerst in der Budgetkommission scharf gegen diesen Vorwurf auf und erklärte, daß die Regierung auf den Rat und die Fingerzeige der Leiter des Hakatistenvereins verzichte.

Diejenigen nun, die die Regierung schwer beleidigten, spielten selbst die Beleidigten, und die drei Leiter des Hakatisten-Vereins erließen unter großem und lobendem Accompagnement der hakatistischen Presse eine energische Erklärung, die die der Regierung gemachten Vorwürfe aufrecht erhielt und die Verantwortung für die Behauptung der „Ostmark“, durch welche sich der Landwirtschaftsminister so sehr beleidigt fühlte, übernahm.

Zu ihrer Verwunderung retinierte die eigentliche Regierung angesichts der Heze der Nebenregierung, der sie bisher in polnischen Angelegenheiten ergeben gehorchte, nicht, und bei Lesung der Denkschrift der Ansiedlungskommission trat der Landwirtschaftsminister erneut gegen den Vorstand des Hakatistenvereins auf und bezeichnete in der letzten Sitzung, in welcher die Kammer nach lebhafter Diskussion die Denkschrift zur Kenntnis nahm, die Vorwürfe des Artikels der „Ostmark“, für welche der Hauptvorstand so hochmütig die volle Verantwortung übernommen hatte, als verleumderisch.

Wir haben hier also die interessante und ungewöhnliche Erscheinung, daß die Regierung sich selbst gegen den Vorwurf der Verleumdung verteidigen mußte, weil die Staatsanwaltschaft es nicht für nötig erachtete, gegen diejenigen, die der Regierung einen solchen Vorwurf machten, amtlich vorzugehen. Man hat wenigstens bis jetzt noch nichts gehört, daß gegen den Vorstand der Hakatisten gerichtliche Schritte unternommen worden wären.

Derselbe Vorstand der Hakatisten, der wegen jeder Kleinigkeit, sogar wegen einer Annonce, die polnischen Blätter vor die Gerichtsschranken fordert, und welcher mit Hilfe der Staatsanwaltschaft vor kurzem dem Dziennik Berlinski wegen einer Annonce mit einem Hündchen und den Buchstaben H. K. T. den Prozeß machte und wiederum mit Hilfe der Staatsanwaltschaft eine empfindliche Verurteilung unseres Blattes herbeiführte, derselbe Hakatistenvorstand kann es sich erlauben, die Regierung geringschätzig zu behandeln und ihr Vorwürfe zu machen, die dann ein preussischer Minister von der Höhe seiner Stellung herab als Verleumdungen bezeichnen muß — und kein Staatsanwalt hat sich bisher gefunden, der die Regierung in Schutz genommen hätte.

Daraus ersehen wir, daß die Macht des Hakatismus, der sich solche Übergriffe straflos erlauben darf, noch lange nicht gebrochen ist. Er zählt offenbar auf seine Soldner bei uns im Lande und hier in Berlin, und glaubt, daß er in diesem Kampfe mit der Regierung mit der Zeit Sieger bleiben und mit Hilfe des patriotischen Geschreis der Legionen der Pensionäre der antipolnischen Politik den Baron v. Schor-

Yemer ebenso niederstrecken wird, wie er seinerzeit Caprivi zu Boden geworfen hat.

Es ist nur verwunderlich, daß in einem solch bürokratischen Staate wie Preußen, ein Verein, der straflos der Regierung solche Vorwürfe machen darf, zur Hälfte aus Beamten dieser Regierung besteht.

Man muß sich wundern, und wiederum nicht. Haben doch jene Beamten aus der hofatistischen Hege die größten Vorteile gezogen und ziehen diese noch.

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 224 der Nowa Reforma (Kraakau)
vom 17. Mai 1911:

Der Kampf um den Grund und Boden.

Im Laufe der vor acht Tagen im preußischen Landtage stattgefundenen Beratungen über die Enteignung der polnischen Bevölkerung berief man sich auf deutscher Seite wieder auf die amtliche Statistik der Veränderungen des deutschen Landbesizes in den polnischen Landesteilen, namentlich darauf, daß danach seit dem Jahre 1896 bis 1909 die Polen dort angeblich etwa 92 000 Ha. mehr Grund und Bodens aus deutscher Hand, als die Deutschen aus polnischer Hand erworben hatten, d. h. daß in den vierzehn Jahren der deutsche Besitzstand an Grund und Boden sich, trotz der Ansiedlungs-Kommission und aller sonstigen Bemühungen, um 92 000 Ha. zu Gunsten der Polen verringert habe. Von polnischer Seite wurde die Glaubwürdigkeit dieser Statistik angezweifelt und zwar nicht mit Unrecht. Vielfach haben nämlich schon sowohl die Vertreter der preußischen Regierung, als auch die Führer des Hofatismus, um die Notwendigkeit neuer antipolnischer Mittel zu begründen, auf diesem Gebiete mit Zahlen operiert, die sich in der Folge als ganz falsch erwiesen haben. So hat z. B. der preußische Landwirtschaftsminister v. Podbielski seiner Zeit im Landtage behauptet, daß die Polen sogar in der Provinz Pommern 13 große Landgüter aus deutscher Hand erworben hätten, während tatsächlich dort auch nicht ein größerer Güterkomplex in polnische Hände übergegangen ist. Unlängst aber sind ähnliche statistische Fälschungen des Professors an der Posener Akademie Höpisch ans Tageslicht getreten. Auf polnischer Seite werden deshalb ganz mit Recht sogar amtliche, auf den Grund und Boden sich beziehende Zahlen mit großem Mißtrauen aufgenommen.

Die Regierung trägt übrigens selbst die Schuld daran, daß derartige Zweifel entstehen. Sie veröffentlicht nämlich stets nur allgemeine Zahlen, vermeidet dagegen immer die Bekanntgabe besonderer Nachweisungen der angeblich von den Polen erworbenen deutschen Landgüter und Wirtschaften, obendrein erlaubt sie keinem Polen, in ihre statistische Akten Einsicht zu nehmen. Die Folge davon ist die, daß auf polnischer Seite ihre Zahlen beanstandet werden können, es aber schwer fällt, den Nachweis zu führen, inwieweit sie unrichtig sind.

Die auf den Großgrundbesitz sich beziehenden Ziffern lassen sich leicht kontrollieren. Jeder Kauf nämlich, jede Auflassung wird bekannt, gelangt zur Kenntnis der Zeitungen, weckt allgemeines Interesse. Dagegen entziehen sich fast ganz der öffentlichen Kontrolle die Veränderungen in dem Kleingrundbesitz. Davon gelangen auch nicht zehn vom Hundert zur öffentlichen Kenntnis, die ungeheure Mehrzahl dieser Übergänge aus einer Hand in die andere findet im Stillen, ohne Aufhebens, ohne die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zu lenken, statt. Die Regierung kann über

sie sehr gut unterrichtet sein, da sie bereits vor Jahren eine Verfügung an die Kreisbehörden erlassen hat, fleißig derartige Veränderungen zu notieren, auf polnischer Seite dagegen fehlt es an Organen, die sich mit einer derartigen Statistik befassen könnten.

Aber gerade im Kleingrundbesitz war der Umjaz in Grund und Boden in den letzten Jahren ein äußerst lebhafter, und es ist Tatsache, daß er sich außerhalb des Tätigkeitskreises der Ansiedlungs-Kommission meist zu Gunsten der polnischen Bevölkerung vollzog. Es unterliegt auch keinem Zweifel, daß die tüchtigen, fleißigen und sparsamen polnischen Bauern in den letzten vierzehn Jahren bedeutend mehr Land wiedergewannen, als die Besitzer größerer Güter.

Auf die Weise kann die Zahl von 92 000 ha — überschuß der polnischen Erwerbungen über die deutschen — übertrieben und zu hoch sein, es steht jedoch fest, daß die polnische Gesellschaft in den preußischen Landesteilen in diesen Jahren, allgemein angenommen, keine Einbuße mehr an Land erlitten hat, denn was der Grundbesitz einbüßte, das wurde auf dem Gebiete des Kleinbesizes wiedergewonnen. So z. B. befindet sich in Westpreußen und in den nördlichen Kreisen der Provinz Posen eine beträchtliche Zahl der von Friedrich II. und den folgenden preußischen Königen gegründeten deutschen Ansiedelungen heute entweder im ganzen oder zum großen Teil in den Händen polnischer Bauern.

Der Mühe, die betreffenden statistischen Regierungsziffern richtig zu stellen, haben sich neuerdings der Abgeordnete v. Trompczynski und Herr Sigismund v. Chlapowski-Turnia unterzogen. Ihre, nunmehr im Dziennik Poznanski veröffentlichten Ermittlungen und Feststellungen beschränkten sich indes ebenfalls nur auf den Großgrundbesitz und zwar ausschließlich auf das Großherzogtum Posen. Auf diesem Gebiete sind die Ergebnisse ihrer Feststellungen für die Polen sehr traurig, gleichzeitig aber bilden sie eine grelle Verleugnung der regierungsseitigen Behauptungen. Es geht aus ihnen hervor, daß seit dem Jahre 1886, also seit der Gründung der Ansiedlungskommission, sich der polnische Großgrundbesitz in der Provinz Posen um 93 000 Hektar vermindert habe. Von diesem Verluste entfällt zwar der größere Teil auf die Zeit vom Jahre 1886 bis 1896, die in der Statistik, mit der die preußische Regierung heute operiert, nicht mit einbegriffen ist. Wenn also in den letzten vierzehn Jahren die Polen die in dieser Zeit erlittenen Verluste an Grund und Boden wieder ausgeglichen haben, so haben sie jedenfalls noch nicht die Verluste nachgeholt, die sie während der vorhergehenden 10 Jahre des Bestehens der Ansiedlungskommission gehabt haben.

Nach diesen polnischen Feststellungen umfaßte der ganze polnische Großgrundbesitz im Großherzogtum Posen im vergangenen Jahre 541 400 Hektar, während der deutsche Großgrundbesitz immer noch etwa eine Million Hektar beträgt. Wenn wir jedoch zur diesem polnischen größeren Besitze noch den Kleingrundbesitz hinzurechnen, der ebenfalls heute mindestens 500 000 Hektar umfassen kann, so erhalten wir das Ergebnis, daß sich in polnischen Händen in diesem polnischen Landesteil noch über eine Million Hektare befinden. Es ist dies die bedeutend kleinere Hälfte der Gesamtfläche des Großherzogtums Posen; wenn sie jedoch nicht freiwillig verkleinert wird, kann sie noch für lange Zeit eine starke Unterlage für die dortige polnische Bevölkerung bilden. Das vom preußischen Landtage angenommene Enteignungsgejet gestattet vorläufig eine Enteignung von 70 000 Hektar polnischen Grundes und Bodens und zwar in den Provinzen Posen und Westpreußen. Wenn die Regierung sie auch ganz durchführen wollte,

so würden immer noch allein in der Provinz Posen etwa eine Million Hektar Grundes und Bodens in polnischer Hand verbleiben.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß, angesichts der wirtschaftlichen Wiedergeburt der dortigen polnischen Bevölkerung, ihre Lage auf dem Gebiete des Landbesitzes sich viel günstiger darstellen würde, wenn dem Erwerbe des Grundes und Bodens aus deutscher Hand nicht so viele rechtliche Schwierigkeiten hindernd im Wege ständen. Zur Zeit bereitet die Regierung, wie dies bereits der preußische Landwirtschaftsminister ankündigte, ein Gesetz vor, das die polnische Parzellierung vollends unmöglich machen soll. Auf die Weise wird also die polnische Bevölkerung gezwungen sein, sich lediglich auf die Verteidigung des ihr noch verbliebenen Landbesitzes zu beschränken.

Aus Nr. 140 des Dziennik Polski (Lemberg)
vom 23. Mai 1911:

Die Hafatisten in Ungnade.

Lemberg, den 23. Mai.

Castor und Pollux, Robert und Bertram, zwei unzertrennliche, seit dem Jahre 1894 sich gegenseitig ergänzende Freunde haben sich getrennt. Die preußische Regierung hat dem berühmten Ostmarkenverein ihre Freundschaft gekündigt, der nun seine Gedanken nicht sammeln kann und mit offenem Munde vor den Türen des Ministeriums steht, tief nachdenkend über die Veränderlichkeit des Schicksals und über das buntscheckige Pferd, auf dem die Herrengunst reiten soll. Wer hätte wohl an eine derartige Wendung der Dinge gedacht? Wer hätte wohl angenommen, daß der stolze, Königen und Reichskanzlern Gesetze vorschreibende Ostmarkenverein so plötzlich und unerwartet würde abdanken müssen? Und doch hat sich, wenigstens vorläufig, die hafatistische Erzbruderschaft in die unangenehme Lage der Ungnade versetzt gesehen, die unter den gegebenen Verhältnissen nicht nur einer sittlichen, sondern auch einer moralischen Niederlage gleichkommt.

Daraus geht jedoch nicht hervor, daß gleichzeitig eine Kursänderung eintreten wird, wie dies manche nicht nur im Auslande, sondern auch bei uns annehmen. Der Ton aller Reden des Landwirtschaftsministers Freiherrn v. Schorlemer stach tatsächlich recht grell ab von der kreuzritterlichen, brutalen und frechen Annäherung, an die wir uns seit einer Reihe von Jahren in dem Verhalten der Ratgeber der preußischen Krone gewöhnten. Von vornherein müssen wir jedoch nachdrücklich betonen, daß der ganze Unterschied lediglich auf dem Ton, nicht aber auf dem Inhalte beruht. Wenn daher überhaupt von einem neuen Kurse die Rede sein kann, so kann sich das lediglich auf die Art und Weise der Darstellung der antipolnischen Politik der preußischen Regierung, auf die Eleganz der Beweggründe, aber nicht auf das Wesen der Sache selbst beziehen.

Im Gegenteil, es ist zu erwarten, daß dieser milderen stilistischen Fassung der Kommentare vielmehr eine Zuspitzung der Praktik in den Taten folgen wird. Der Landwirtschaftsminister erkennt offenbar an, daß man jemandem das Fell über die Ohren ziehen kann, aber man kann diese Operation im stillen abmachen, ohne Beleidigungen auszustößen und ohne sich mit der Grausamkeit zu brüsten.

Die preußische Regierung sieht ein, daß die Rolle des Herodes, der unter den unschuldigen Kinder ein Blutbad anrichtete, dem guten Namen der Deutschen in Europa keine Ehre einbringt und manchmal sogar der auswärtigen Politik des Hohenzollernstaates Verlegen-

heiten bereitet. Das Tierische der hafatistischen Demagogie ist bereits zu einem Weltskandal geworden; die Regierung konnte nicht wünschen, daß das „odium“ dieses Skandals noch weiter die schon über alle Maßen belastete sittliche Hypothek der preußischen Staatsraison beschwere. Daher kommt wahrscheinlich der Entschluß, den die Regierungspolitik mit den Bestrebungen des Ostmarkenvereins verbindenden Faden zu durchschneiden.

Die Rede Schorlemers begann jedoch mit der entschiedenen Feststellung, daß die Regierung unerschütterlich an den Grundsätzen der Politik festhalten werde, die sie bis jetzt in den Ostmarken befolgt habe, mit dem Zusatz nur, daß diejenigen irren, die da glaubten, der Kampf mit dem Polentum könne lediglich durch Ankauf des Grundes und Bodens entschieden werden, denn selbst der weitgehendste Austausch würde dem Übergewicht der Polen in den Städten nicht vorbeugen. Es ist dies gewissermaßen eine Ankündigung neuer, auf die endgültige Germanisierung auch der polnischen Städte abzielender Mittel. Diese Worte werden durch den Vorbehalt nicht gemildert, daß es widersinnig wäre, an eine völlige Beseitigung der Polen zu denken und daß die Regierung weit entfernt sei, sich mit dem Gedanken des biblischen Blutbades unschuldiger Kinder, der in dem Ostmarkenvereine zutage tritt, zu befassen. Ähnliche Vorbehalte hörten wir auch schon früher, obwohl sie in dem Gewande gemeinerer Stilistik steckten. Kein anderer als Fürst Bülow hat uns versprochen, wir könnten stets, wie uns der Schnabel gewachsen sei, sprechen und zwar unmittelbar vor Erlaß des Verbotes, in öffentlichen Volksversammlungen, uns der polnischen Sprache zu bedienen! Alle Hoffnungen also anlässlich der antiserbianischen Enthaltensamkeit Schorlemers sind mindestens völlig verfrüht.

Freiherr v. Schorlemer kann nicht Bülows Freund sein: die entlassenen Reichskanzler befinden sich überlieferungsmäßig „in Ungnade“ seit dem Bestehen des deutschen Kaiserreiches. Deshalb sagte Herr v. Schorlemer mit scherzhafter Geringschätzung, die Erklärungen des Fürsten v. Bülow hinsichtlich des Ursprungs des Enteignungsgesetzes erinnerten an das delphische Orakel. Dieser Witz hinderte jedoch den Landwirtschaftsminister nicht, gleichzeitig zu erklären, die Regierung werde von den Grundsätzen der Ostmarkenpolitik keinesfalls abweichen. Und welche Grundsätze das waren — das wissen wir ganz genau. Ihre ganze Charakteristik beruht vor allen Dingen darauf, daß sie vollständig mit den Bestrebungen des Ostmarkenvereins übereinstimmen. Wenn also v. Schorlemer jetzt bemerkt, daß die Wünsche der hafatistischen Presse die preußische Ostmarkenpolitik dem völligen Bankrott entgegengeführt hätten, so ist eine der beiden sich widersprechenden Erklärungen jedenfalls heuchlerisch. Wir sind vollberechtigt zu der Annahme, daß die Solidarität mit Bülowischen Grundsätzen aufrichtig ist und daß der Unwille gegen die Grundsätze und Methoden des Hafatismus Romödie ist.

Möchten wir uns doch irren, doch wir sind überzeugt, daß nur der Hafatismus in Ungnade geraten ist, daß aber seine Grundsätze und Methoden bleiben werden.

Aus Nr. 137 des Dziennik Polski (Lemberg)
vom 20. Mai 1911:

Der zehnte Jahrestag von Breschen.

Lemberg, den 20. Mai.

Heute sind es zehn Jahre seit dem Tage, der zu einem denkwürdigen Zeitpunkt in der Geschichte Großpolens geworden ist. Am 1. April 1901 wurde zum

ersten Male in der katholischen Schule in Breschen der polnische Religionsunterricht durch einen deutschen ersetzt, was Unruhen hervorrief und Mißhandlungen der Kinder, gerichtliche Prozesse, Geld- und Gefängnisstrafen und schließlich einen mächtigen Schulstreik zur Folge hatte, der in der ganzen zivilisierten Welt einen lauten Widerhall fand.

Zehn Jahre sind seit dieser Zeit verflossen, und es scheint, als ob dies erst gestern geschehen wäre.

Der Ministerialerlaß rechnete nicht — wie es scheint — mit einem Merkmale der Einwohner Großpolens, mit der Religiosität und mit der besonderen Anhänglichkeit an alles das, was mit der Religion in Verbindung steht. Jeder Vater und jede Mutter sind dort an die Kontrolle ihrer Kinder in dem Katechismusunterricht gewöhnt, und auf einmal sollte dieser Unterricht in einer den Kindern fast ganz unverständlichen Sprache erteilt werden! Es ist daher nicht zu verwundern, daß die Bevölkerung Breschens sich darüber lebhaft entrüstete. Diese Entrüstung verwandelte sich bald in einen leicht verständlichen Chauvinismus, mit dem die Eltern die deutschen Katechismen zu kaufen sich sträubten, was wiederum die preußischen Lehrer zur Rajerei führte.

Endlich kam der 20. Mai heran, mit dem eine lange Periode von Mißhandlungen und Martern begann, denen sich die widerspenstigen Kinder aussetzten. An diesem Tage hatte ein Lehrer 14 Kinder in einer so schrecklichen Weise mißhandelt, daß die schmerzlichen bewegten Eltern, durch Geschrei und Weinen alarmiert, sich vor der Schule versammelten und demnächst in die Klasse eindringen, um die Kinder aus den Händen des sehr aufgebrachten Lehrers zu befreien. Für dieses „Verbrechen“ verurteilte das Landgericht in Gnesen 24 Personen zu einer Gefängnisstrafe von zwei bis dreißig Monaten.

Die polnische Gesellschaft antwortete hierauf mit einem Riesenprotest und mit einer Sammlung von Beiträgen für die Verurteilten. Die Auslandspresse, die hervorragenden Gelehrten und Schriftsteller der ganzen Welt verurteilten einmütig das Verhalten der Behörden und der preußischen Gerichte. So gar ein ehrlicher Teil der Deutschen schloß sich diesem Proteste an. Das evangelische Blatt, die „Christliche Welt“, erinnerte daran, „daß man im Namen der Glaubens- und Gewissensfreiheit verlangen müsse, daß der Religionsunterricht in der Muttersprache erteilt werde und daß die Drangsalierung der polnischen Kinder mit dem deutschen Religionsunterricht aufhören müsse.“ Das Organ des Professors Delbrück, die „Preußischen Jahrbücher“, forderte die Wiedereinführung des polnischen Unterrichts in allen Gegenständen.

„Das Lehren einer Sprache — schrieb dieses angesehenen und ehrliche deutsche Blatt — in der Weise um den Gebrauch der Muttersprache möglichst auszuschließen, ist ein Experiment, dem sich ein erwachsener Mann unterziehen kann, in der Seele eines Kindes aber rufen derartige Versuche riesige Verwüstungen hervor.“

Es mangelte auch nicht an deutschen Stimmen, die aus verschiedenen Gründen gegen diesen Kampf auftraten. Die einen taten dies aus kulturellen Rücksichten, andere wieder erblickten in der hakatistischen Politik den Stein des Zerfalls des preußischen Staates. Trotz alledem schreckte die Regierung nicht zurück und begann nach allen Seiten zu schikanieren und zu strafen. Die deutschen Geistlichen aus Oberschlesien wiesen im Landtage auf die ganze Ungeheuerlichkeit der behördlichen Maßnahmen hin, die polnische Gesellschaft nahm den Artikel 112 der preußischen Verfassung, der von dem Unterricht in der Muttersprache spricht, ernst und forderte die Beachtung des Gesetzes,

aber die Regierung kümmerte sich um nichts. Nach einem Jahre, Ende 1902, zwang sie 40 Breschener Kinder, trotz des beendeten 14. Lebensjahres, zum Weiterverbleib in der Schule. Endlich ließ der Widerstand der Breschener Kinder nach und die Regierung fing an, einer immer größeren Anzahl von Schulen den deutschen Religionsunterricht aufzudrängen.

Ende 1906 wurde der deutsche Religionsunterricht bereits in 570 Schulen allein im Regierungsbezirk Posen erteilt. Im Bromberger Bezirke war es noch schlimmer. Was sollte dem gegenüber die gereizte und nervöse Gesellschaft tun? Wie sollte sie sich diesem neuen Unrecht gegenüber verhalten? Die Antwort der Polen waren zunächst die Protestversammlungen und der berühmte Brief des Erzbischofs v. Stabilewski und schließlich der allgemeine Streik polnischer Schulkinder. Der Streik verbreitete sich mit blitzartiger Schnelligkeit und umfaßte im Laufe eines Monats 733 Schulen. Es streikten allein in der Provinz Posen 46 868 polnische Kinder, ihr schloß sich allmählich Westpreußen an, sogar Oberschlesien fing an, sich zu rühren. Nun trat die Regierung mit Bedrückungen auf, von denen man in den Kulturländern nichts gehört hatte . . .

Die Kinder wurden mit Karzer und körperlicher Züchtigung bestraft und einige preußische Gerichte wendeten den widerspenstigen Schulkindern gegenüber das Gesetz von den sittlich verwahrlosten Kindern an, beraubten die Eltern ihrer Elternrechte und brachten die Kinder in Besserungsanstalten unter! Dies war der Gipfel dessen, was zivilisierte Menschen ausdenken konnten.

Man strafte nicht nur widerspenstige Kinder, sondern auch deren Eltern und Geschwister. Laut Gesetz sollen Eltern gestraft werden, die ihre Kinder nicht in die Schule schicken; die Gerichte verurteilten deshalb die Eltern, indem sie dies in einer bis jetzt nicht zur Anwendung gebrachten Weise begründeten. Nach diesen Salomonischen Urteilen ist ein streikendes Kind „geistig abwesend“, wer aber geistig abwesend ist, der kann nicht als körperlich anwesend betrachtet werden, d. h., es besucht die Schule nicht, es wird nicht von den Eltern dort hingeschickt, die dafür bestraft wurden, obwohl in Wirklichkeit das Kind die Schule besuchte, nur nicht aus dem deutschen Katechismus lernen wollte.

Aus den Gymnasien des Großherzogtums wurden diejenigen polnischen Schüler entlassen, deren jüngere Geschwister sich an dem Streik beteiligten. Wenn die Geschwister zu streiken aufhörten, wurden die Ausgewiesenen wieder aufgenommen.

Noch im Jahre 1907 streikten in den beiden Regierungsbezirken über 17 000 Kinder, deren Widerstand auf das Märtyrertum ihrer Breschener Genossen zurückzuführen war. Der Streik erreichte schließlich sein Ende, aber in der polnischen Gesellschaft vergaß niemand die in der Geschichte anderer Nationen unbekannte elementare Bewegung, das Märtyrertum der kleinen polnischen Kinder, deren Qualen in die polnische Leidensgeschichte übergingen. Die Hakatisten irren, wenn sie behaupten, die preußische Regierung habe gesiegt, indem sie den Schulstreik beilegte und gewaltsam zum deutschen Religionsunterricht zwang.

Heute sind die mißhandelten Breschener Schulkinder bereits heranreifende Frauen; heute erreichen die mit dem Stöcke des preußischen Lehrers mißhandelten Knaben das Mannesalter. Sie werden verstehen, an die Politik zu denken und sie gehörig zu beurteilen, die ihnen in ihrer Kindheit nur Schikanen, Knüttel und barbarische Gesetze zeigte.

Aus Nr. 244 des Slowo Polskie (Lemberg)
vom 26. Mai 1911:

Sie brauchen polnisches Geld.

Das deutsche Ausstellungskomitee in Posen läßt, trotz der wenig versprechenden Erfahrungen, die es bis jetzt gemacht hat, nicht nach, danach zu trachten, die Polen zur Beteiligung an der Ausstellung und an deren Besuche zu bewegen. Zu diesem Zwecke hat es in dem Königreich Polen Anschlagzettel in guter polnischer und in entsetzlich entstellter russischer Sprache verbreitet, in denen es den Charakter der Ausstellung darstellt und hat sich an den „Goniec Wielkopolski“ mit der sehr ergebnissen Erklärung gewendet, daß die Ausstellung keine politisch-antipolnischen Zwecke verfolge.

Diese Bemühungen sind natürlich vergeblich. Keine Versicherungen werden die Tatsache ändern, daß das Ausstellungskomitee sich mit der Gleichberechtigung der polnischen Sprache in der Ausstellung nicht einverstanden erklärt hat und daß sie es in Deutschland als einen Akt darstellt, der zur Stärkung des Deutschtums in den Ostmarken beitragen solle. Welchen Charakter und welchen Zweck die Ausstellung hat, das sagen offen die katolischen Blätter, namentlich die Freikonservative Korrespondenz...

Also! die Sache ist ganz klar. Die polnische Nation hat keine Veranlassung, durch ihre Beteiligung an der Ausstellung zu ihrem Gelingen und zur Deckung des drohenden Fehlbetrages beizutragen. Die polnische Gesellschaft im preussischen Anteil läßt sie, in richtiger Beurteilung ihres Charakters, vollständig unbeachtet. Es ist anzunehmen, daß sich auch in den andern Landesanteilen niemand finden wird, der mit polnischem Gelde zum Gelingen der gegen das Polentum gerichteten Kundgebung beitragen wollte.

Aus Nr. 110

des Deutschen Volksblattes für Galizien (Lemberg)
vom 26. Mai 1911:

Was muß ein Deutschgalizier von dem Kandidaten verlangen, welchem er seine Stimme bei der Reichsratswahl geben soll?

Deutsche Wähler in Galizien! Zum ersten Mal, seit das deutsche Volk in Galizien zum völkischen Bewußtsein erwacht ist, tretet ihr zur Wahlurne. Es tritt an euch die heilige Pflicht heran, bei dieser Wahl zu zeigen, daß ihr deutsche Männer seid, die ihr deutsches Volk lieben und wissen, was sie ihm schuldig sind! Darum dürft ihr nur solchen Kandidaten eure Stimme geben, die sich klar und entschieden verpflichten, für diejenigen Forderungen im Parlament der Regierung und den anderen Parteien gegenüber offen und entschieden einzutreten, deren Erfüllung das deutschgalizische Volk zu seiner Erhaltung unbedingt verlangen muß. Laßt euch nicht durch schöne Reden und süße Worte betören, sie mögen kommen, von wem sie wollen! Verlangt vielmehr von jedem Kandidaten, der um eure Stimme wirbt, eine klare Antwort auf die folgenden Fragen:

1. Wollen Sie klar und entschieden dafür eintreten, daß die Deutschen Galiziens, als dritter im Lande ansässiger Volksstamm neben den Polen und Ruthenen jederzeit und überall anerkannt werden?

2. Wollen Sie dafür eintreten, daß die gesetzlichen Rechte der deutschen Sprache in Galizien, wie sie durch die Sprachenverordnungen vom Jahre 1869, die noch heute zu Rechte bestehen, festgesetzt sind, überall seitens der Behörden beobachtet werden?

3. Wollen Sie dafür eintreten, daß in denjenigen deutschen Gemeinden, in welchen die deutschen Einwohner in der Mehrheit sind, öffentliche Schulen mit deutscher Unterrichtssprache errichtet werden, daß ferner

in denjenigen deutschen Gemeinden, in welchen widerrechtlich die polnische Unterrichtssprache wieder eingeführt ist, dieser ungesetzliche Zustand beseitigt und die deutsche Unterrichtssprache wieder eingeführt werde, daß endlich diejenigen deutschen Gemeinden, welche deutsche Privatvolkschulen erhalten, angemessene Unterstützungen vom Landtage erhalten?

4. Wollen Sie kräftig daran mitarbeiten, daß die Deutschen Galiziens, außer dem sogenannten deutschen Gymnasium in Lemberg, eine zweite wirklich deutsche Mittelschule erhalten?

5. Wollen Sie nach Kräften dafür mitwirken, daß der Verband deutscher landwirtschaftlicher Genossenschaften eine angemessene Unterstützung vom Ackerbauministerium erhält und daß derselbe auch bei Verteilung von Subventionen für die galizische Landwirtschaft jederzeit in einer der Zahl und Bedeutung der Deutschen Galiziens entsprechender Weise berücksichtigt wird?

6. Wollen Sie Ihren Einfluß dahin geltend machen, daß die ungerechte Verdrängung der deutschen Sprache in Predigt, Gottesdienst und Religionsunterricht durch die polnische, wie sie durch die katholischen Kirchenbehörden geübt wird, vor der Öffentlichkeit gebrandmarkt und durch entschiedenes Auftreten gegenüber der Kirchenbehörde abgestellt werde?

7. Wollen Sie dazu beihilflich sein, daß die Deutschen Galiziens bei der bevorstehenden Landtagswahlreform mindestens zwei deutsche Landgemeindepmandate und bei der mit Rücksicht auf die Ungerechtigkeiten der bevorstehenden Mandatsverteilung baldigst zu erhoffenden Reform des Reichsratswahlgesetzes mindestens ein gesichertes Reichsratsmandat erlangen?

Wenn ein Kandidat auf diese 7 Fragen auch ein entschiedenes Ja antwortet, oder bereit ist, diese 7 Forderungen zu unterschreiben und dadurch zu den seinigen zu machen, so könnt ihr ihn getrost wählen. Wenn aber einer auf diese 7 Fragen keine klare Antwort gibt oder auch nur eine dieser 7 Forderungen als unberechtigt abweist, so seid vor ihm gewarnt.

Ganz besonders hütet euch vor solchen Kandidaten, welche sich etwa für Deutsche ausgeben, aber zugleich im Namen einer Partei kandidieren, welche auf Schritt und Tritt das Deutschtum bekämpft und die Deutschen entrechtet will. Es ist unmöglich, daß ein völkisch bewußter Deutscher einem Kandidaten seine Stimme gibt, der gesonnen oder verpflichtet wäre, dem Polenklub beizutreten! Deswegen sind wir Deutsche keineswegs Feinde des polnischen Volkes. Im Gegenteil, wir wünschen in Frieden und Eintracht mit allen Völkern unseres Landes und unserer Monarchie zu leben. Was wir bekämpfen müssen, das ist die Unterdrückung aller andern Völker durch ein Volk oder vielmehr durch die ehrgeizigen Bestrebungen der herrschenden Parteien eines Volkes, welches alle andern entrechtet und unterdrücken möchte.

Deutsche Wähler in Galizien! Bedenket wohl, wie wichtig es ist, daß ihr eure Stimmen bei der bevorstehenden Reichsratswahl dem rechten Kandidaten gebt! Denkt auch nicht etwa, wir Deutsche seien zu wenige, es komme daher auf unsere Stimmen nicht an. Es kann oft eine Stimme für den Ausfall der Wahl entscheidend sein. Darum erfüllt eure heilige Pflicht am Wahltage und gebt eure Stimmen nur solchen Kandidaten, welche bedingungslos für die obigen Forderungen des deutschgalizischen Volkes einzustehen sich verpflichten.

Wir sind in der Lage mitzuteilen, daß die ukrainische Partei, die sich uns Deutschen gegenüber bereits seit Beginn unserer völkischen Arbeit stets entgegenkommend verhalten hat, sich rückhaltslos bereit erklärt, für die obigen Forderungen einzutreten.